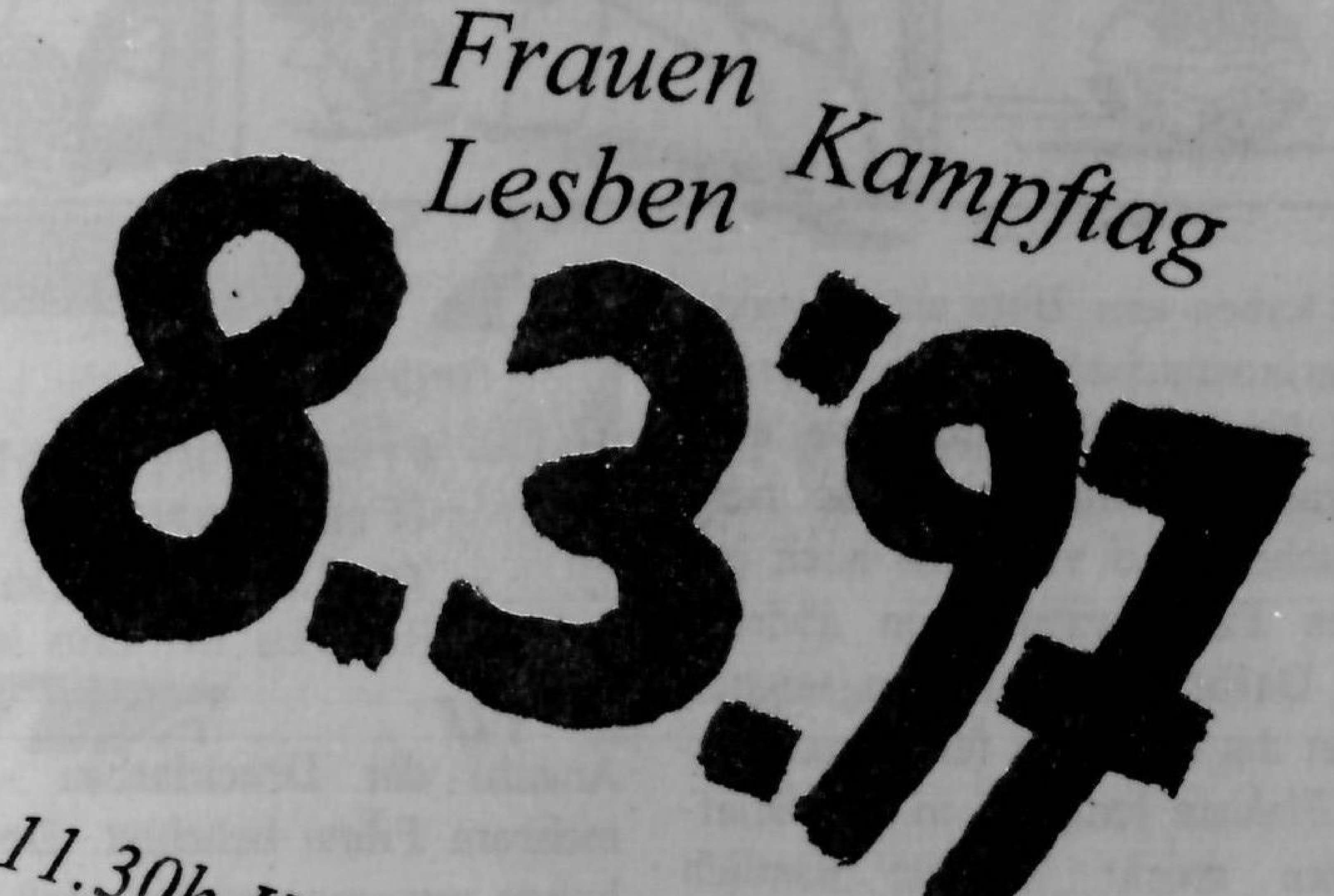
INTERIM

Wöchentliches Berlin-Info

auswärts 3 DM

2,50 DM

DEMONSTRATION



Internationaler Frauen Lesben Kampftag

8.3.'97

11.30h Karl-Marx-Platz (U-Bhf. Neukölln/ Karl-Marx-Str.)

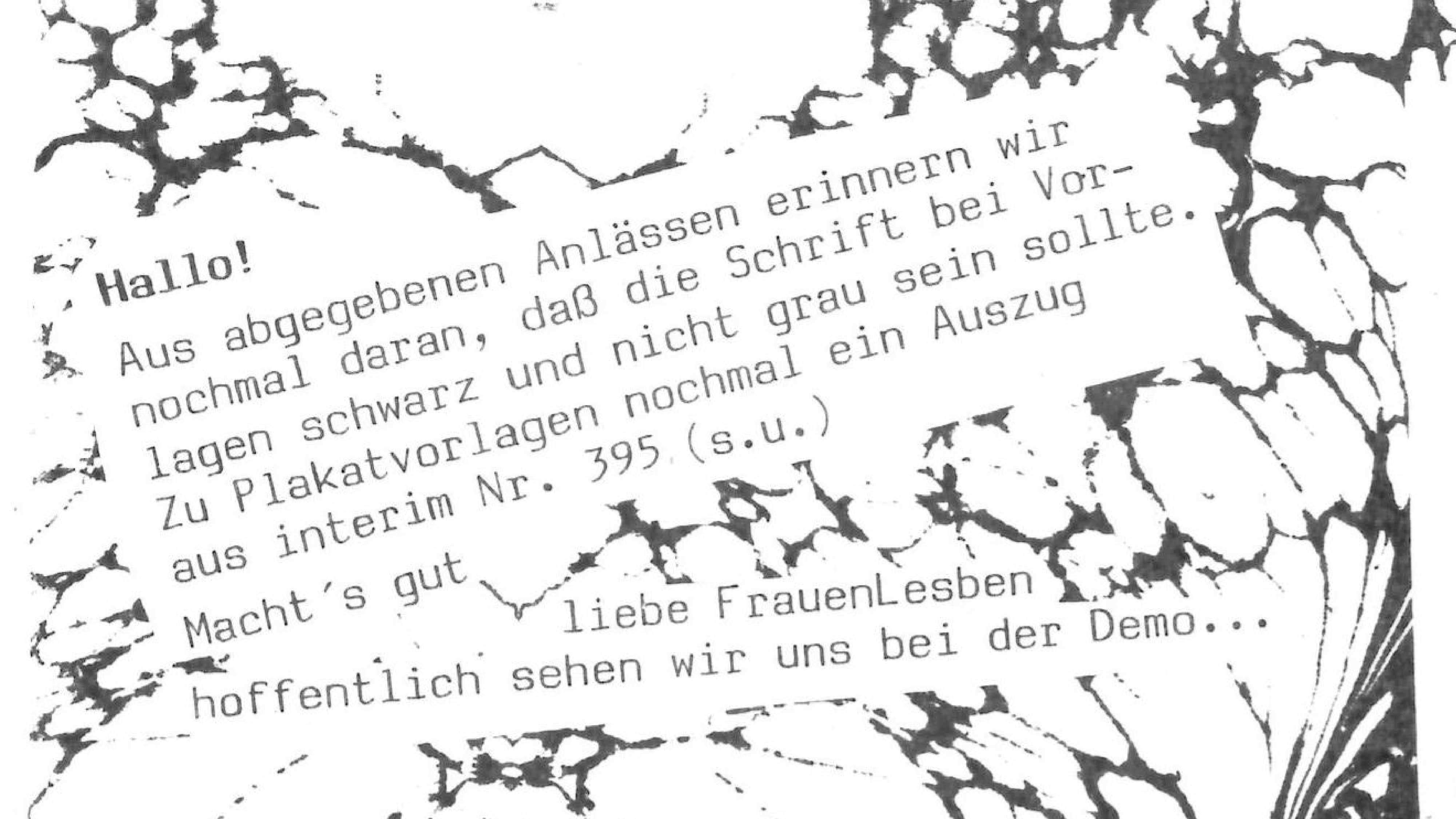


Siemens stillegen

Kapitalismus abschalten

Nr. 411

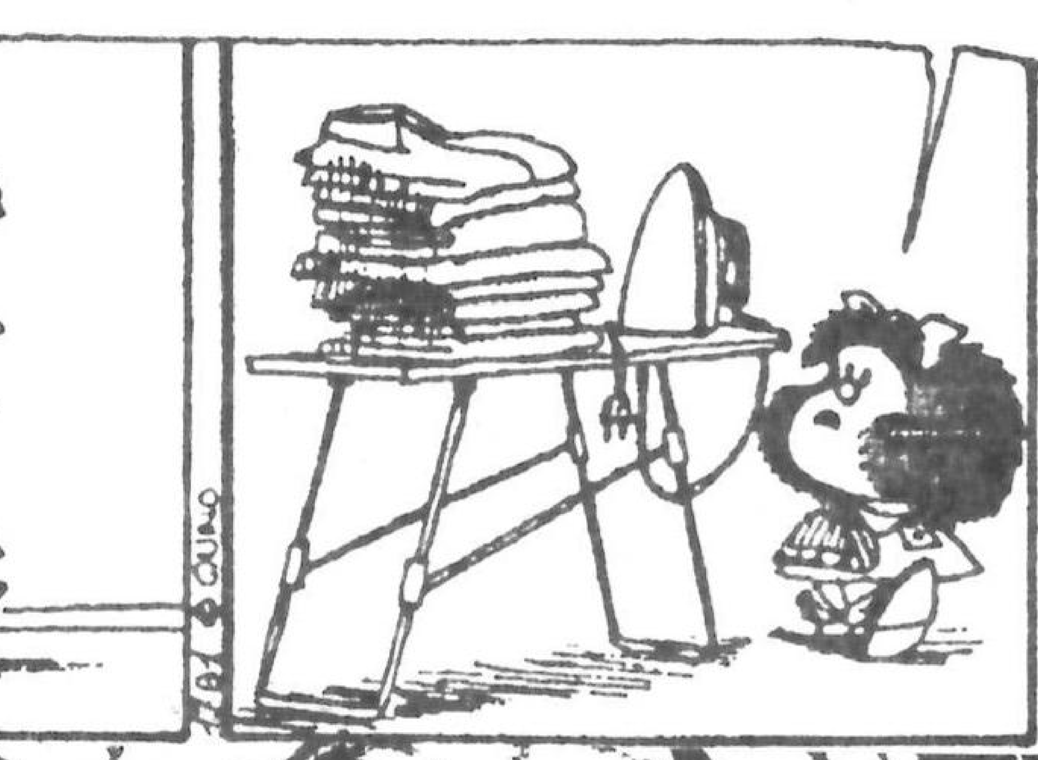
6. März 1997

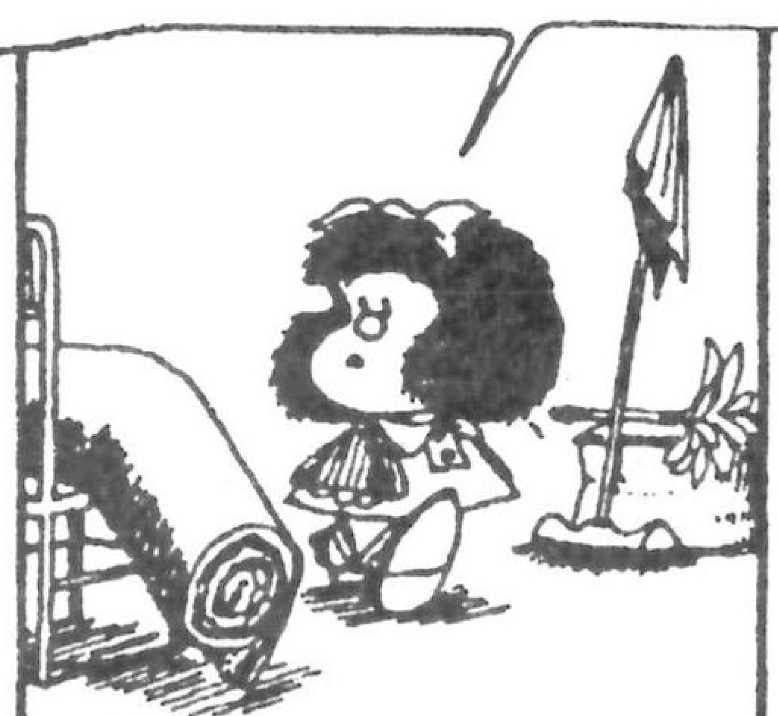


Hallo!
Aus abgegebenen Anlässen erinnern wir nochmal daran, daß die Schrift bei Vorlagen schwarz und nicht grau sein sollte. Zu Plakatvorlagen nochmal ein Auszug aus interim Nr. 395 (s.u.)
Macht's gut liebe FrauenLesben
hoffentlich sehen wir uns bei der Demo...

Inhalt:

Frauenabschiebeknast Neuß..........3
Widerstand ist Leben...............5
Zweite Allgemeine Verunsicherung...7
An Carrie..........................11
L´europe des luttes................14
Zu Birgit Hogefeld.................16
Róisín McAliskey...................23
Volxsport..........................24
1. Mai.............................25
Rote Hilfe - pol. Gefangene........26
Repression.........................27
Baskenland.........................29
Termine............................30







Wir haben eine Bitte an die werte LeserInnenschaft: gerne würden wir für unsere Rückseite eure Plakate, Ankündigungen etc. richtig schön und vielleicht auch mit euren Farbvorstellungen abdrukken. Dafür ist es völlig ungeeignet, wenn ihr uns eure fertig gedruckten Plakate lediglich in den Briefkasten steckt. Es ist nämlich schwierig bis unmöglich oder mit viel Arbeit verbunden, aus einem zwei- oder mehrfarbig gedruckten Blatt Papier wieder die Druckvorlagen für die einzelnen Farben herauszuholen. Vielleicht habt ihr mal euren Repromenschen (das sind die, die aus einzelnen Bildern und Schriften Druckvorlagen herstellen und an Reprokamera und Leuchttisch arbeiten oder inzwischen am Computer) über die Schulter geguckt, wenn sie oder er die einzelnen Druckvorlagen (Farbauszüge) hergestellt hat. Die sind dann nämlich noch gar nicht bunt, sondern schwarz, und nicht auf Papier, sondern auf Filmen.

Heute werden die meisten Szene-Plakate auch schon am Computer layoutet und dann direkt - je nach Anzahl der Druckfarben - auf mehrere Filme belichtet. Deshalb haben wir uns gedacht, daß auch ihr uns solche Farbauszüge in der richtigen Größe für unser Heft zusenden könnt. Ihr müßt eurem Computermenschen bei der Filmherstellung dann jeweils sagen, daß ihr noch Filme in DIN A 4 Größe (oder etwas kleiner, falls noch wichtige Bildaussagen in Randnähe sind, oder, wenn ihr wollt, noch kleiner in der modernen "Flyer"-Größe) braucht. Am Computer ist es relativ einfach, die einzelnen Farbauszüge zu verkleinern, allerdings werden die Kosten und die benötigte Arbeitszeit etwas steigen. Dafür ist die Chance größer, daß wir eure Werbung auf unserer Rückseite abdrucken, da eure Arbeit auch unserer Reproabteilung viel Zeit spart.

Ordner:
- Frauenkampf ist Klassenkampf
  (Frauengruppen um Boşevik Partizan und Trotz alledem)
- Ya Basta- Diskussionspapiere
- Rebels on the Web





Impressum:
Herausgeberin:
Interim e. V.
Gneisenaustr. 2a
10961 Berlin
Redaktionsanschrift: ebenda
V. i. S. d. P.: Charlotte Schulz
Gesamtherstellung:
Eigendruck im Selbstverlag

"Den Aufenthalt so unangenehm, wie nur möglich machen..."

oder der Frauenabschiebeknast/Neuß !

Vor beinahe 4 Jahren (26.05.93), wurde der eh schon rassistisch geprägte Artikel 16 GG, durch den Flüchtlinge zu Menschen zweiter Klasse und somit rechtlos gemacht wurden (keine freie Wahl des Wohnortes, kein politisches Mitbestimmungsrecht, keine Arbeitserlaubnis...), gestrichen. Somit wurde das Asylrecht faktisch abgeschafft. Man wollte als BRD, die Bestandteil der "Festung Europa" ist, sicher gehen unter seinesgleichen zu bleiben. Um von der allgemeinen wirtschaftlichen Regression abzulenken, suchten die Herrschenden einen Sündenbock. Dies waren, wie schon so oft, die Flüchtlinge. Die Medien sprangen auf diesen Zug auf. Nach innen hin propagierten die Herrschenden einen starken Nationalstaat und nach außen hin agierte die Wirtschaft weiterhin auf internationaler Ebene. PolitikerInnen verbreiteten: "Das Boot ist voll", woraufhin nicht nur Nazis meinten, wieder Platz für das "deutsche Volk" schaffen zu müssen. Von da an besteht die sogenannte Drittstaatenregelung, die besagt, daß Flüchtlinge nur dann in die BRD einreisen können, wenn sie kein "sicheres Drittland" passieren, in dem sie Asyl beantragen können. Da die meisten Flüchtlinge auf dem Landweg zu uns kommen müssen und die BRD ausschließlich von sicheren Drittländern umgeben ist, droht ihnen die sofortige Abschiebung.
Die Anerkennung von Fluchtursachen ist immer der politischen und ökonomischen Lage der BRD und politisch/moralischen Bewertungen von PolitikerInnen und Presse unterworfen. MigrantInnen, die z.B. gezwungen sind aus wirtschaftlichen Gründen hierhin zu kommen, haben keinerlei Chancen, daß ihr Antrag auf Asyl Erfolg hat. Ihnen wird unter anderem die Arbeitserlaubnis verweigert.

Ein, viel zu kurzer, Abriß zu frauenspezifischen Fluchtgründen:
Keine gesonderte Berücksichtigung bei der Anerkennung finden die geschlechtspezifischen Diskriminierungen, Verfolgung, Mißhandlung und Folter von Frauen als Fluchtursachen. Weder die Massenvergewaltigungen in Kriegsgebieten, noch die scheinbar religiös motivierten Verstümmelungen bzw. Mißhandlungen, wie z.B. die Klitorisbeschneidung, sind für den deutschen Gesetzgeber und die Asyl-Behörden kein Grund zu fliehen.
Weltweit werden vorwiegend nur heterosexuelle Formen des Zusammenlebens akzeptiert. In einigen Ländern sind Lesben und Schwule deswegen massivsten Repressionen ausgesetzt.
Ferner ist für Frauen ihre drohende Inhaftierung ("Sippenhaft") aufgrund der politischen Aktivitäten ihrer Familienangehörigen oft nicht nachweisbar. Der patriarchalisch und ausbeuterisch geprägte Staat-BRD hat nun warlich kein Interesse daran Frauen aufzunehmen, die in ihrem Herkunftsland genau gegen die genannten Unterdrückungsformen gekämpft haben. Sie könnten auch in der BRD erneut Widerstand leisten.
Für uns steht fest: MigrantInnen haben ihre jeweils eigene persönliche Geschichte, warum sie hier hin kommen. KeineR kann ihnen das Recht, ihren Aufenthaltsort frei zu bestimmen, absprechen.

Die Situation der Frauen im Neußer Abschiebeknast:
In den bundesdeutschen Abschiebeknästen ist die Situation der Gefangenen, gerade die der Frauen, besonders kraß. Sie haben weder Anspruch auf eine psycho-soziale Betreuung, noch auf eine VerteidigerIn, wie es in jeder anderen "Justizvollzugsanstalt" eigentlich üblich ist. Die Kinder werden getrennt von ihren Müttern in umliegenden Heimen untergebracht. Besonders pervers ist, daß die Abschiebegefangenen ihre Abschiebung selbst finanzieren müssen. Um die Kosten hierfür zu sichern, wird ihr ganzes Eigentum beschlagnahmt. Die Frauen können oftmals keinerlei Kontakt zu ihnen aufnehmen.

Der Neußer Frauen-Abschiebeknast ist in der gesamten Abschiebemaschinerie einzigartig: Die feuchten Zellen, in welche die Frauen eingesperrt werden, sind überfüllt. Durch die Milchglasscheiben dringt kaum Licht. Die medizinischen Bedingungen sind katastrophal. So besteht bisher für die Frauen seit über drei Jahren keinerlei Möglichkeit, sich von einer Ärztin behandeln zu lassen. Dies ist nicht nur für muslimische Frauen unzumutbar. Das Essen ist in Neuß unzureichend bis ungenießbar, und es wird keine Rücksicht auf religiöse oder andere

Eßgewohnheiten genommen. Von Freizeitgestaltung kann bei ca. 1 Stunde Hofgang am Tag, selbstverständlich nur bei schönem Wetter, nicht die Rede sein. Gerade im Winter, denn "sonst könnten sich die Frauen erkälten" - laut einer/eines Schließerin/Schließers. Ebenso wenig kann mensch die spärlichen Exemplare ausländischer Zeitschriften, und das deutsch öffentlich-rechtliche Fernsehprogramm kaum als Abwechslung, sondern eher als Beruhigungsmittel verstehen.

Immerhin konnte das Düsseldorfer Migrantinnen-Projekt erkämpfen, daß es seit Januar'97 ein Näh- und ein Hygienekurs für die Frauen anbieten kann.
Für die Kosten muß das Migrantinnenprojekt natürlich selbst aufkommen.
Die Frauen sind nahezu jeglicher Kommunikationsmöglichkeit beraubt, denn ihnen steht keine Dolmetscherin zur Verfügung, und Besuche von Verwandten oder Bekannten sind die absolute Ausnahme. Die Frauen sind also fast völlig isoliert!



*** Abschaffung aller Abschiebeknäste !**
*** Keine Einwanderungsbeschränkungen !**
*** Bleiberecht und volle Rechte für MigrantInnen !**
*** Kampf dem rassistischen und sexistischen Normalzustand !**

INFOVERANSTALTUNG

"Die Situation von Migrantinnen in NRW & der Frauenabschiebeknast-Neuß"

mit Dolly Gutsman Migrantinnen-Projekt Düsseldorf & Ko(R)A Frauengruppe-Düsseldorf
Ort: Türkei-Zentrum Erkratherstraße 279 (Düsseldorf) Zeit: Donnerstag 13.03.97 19 Uhr

Kommt alle zur Demo zum Frauenabschiebeknast/Neuß am 10.05.97 um 12 Uhr!
Das erste Vorbereitungstreffen zu dem ihr alle eingeladen seit, findet am 19.04.97 um 14.30 Uhr im:
"Büro für ständige Einmischung"
Oststraße 37, Düsseldorf-City statt.
Auf diesem Treffen soll das Flugblatt diskutiert werden.

Ko(R)A Frauengruppe-Düsseldorf
c/o **"Büro für ständige Einmischung"**
Oststraße 37 40211 Düsseldorf

Berxwedan jîyanê! Direnmek yaşamaktır!
Widerstand ist Leben!

18. März: Solidarität und Widerstand gegen staatliche Unterdrückung!

Der 18. März ist ein bundesweiter Tag des Kampfes für die Freiheit der politischen Gefangenen, gegen die Repression in all ihren Formen, ein Tag der Solidarität. Am 18. März begann 1871 die Pariser Commune: erstmals gelang es ArbeiterInnen, die Herrschaft der Bourgeosie für eine kurze Zeit praktisch zu brechen. Diesen historischen Bezug nahm die Rote Hilfe 1923 zum Anlaß, den 18. März als „internationalen Tag der Hilfe für die politischen Gefangenen" auszurufen. Seit 1992 gibt es den Versuch, an diese Tradition anzuknüpfen und am 18. März in vielen Städten der BRD Veranstaltungen, Kundgebungen und Demonstrationen zu organisieren.

21. März: Newroz

Newroz ist ein traditionelles kurdisches Fest, das auf die Legende des Schmieds Kawa zurückgeht: er organisierte einen Aufstand der unterdrückten Völker gegen den herrschenden Tyrannen Daehak. Seitdem wird der Tag des Sturzes des Tyrannen, der 21. März, in Kurdistan als Neujahrsfest, Newroz, gefeiert. In Kurdistan wurde Newroz in den letzten Jahren mit großen Demonstrationen gegen das türkische Regime und für die Freiheit Kurdistans begangen. Die türkische Armee erstickt das Fest der Freiheit und des Widerstandes in Blut: 1992 tötete die Armee mit deutschen G3-Gewehren bei den Newrozfesten in Kurdistan über 90 Menschen.

Auch in der BRD wird seit dem Verbot von 35 kurdischen Organisationen im November 1993 jede größere Newrozfeier kriminalisiert. Im Verbot von Newroz in der BRD ist der Kern der Politik von Innenminister Kanther sichtbar: nicht nur wird jede politische Organisierung, die sich nicht offen vom Befreiungskampf in Kurdistan distanziert, brutal verfolgt, sondern die gesamte kurdische Bevölkerung in der BRD ist verdächtig. Trotzdem sind in den letzten Jahren zehntausende KurdInnen in der BRD an Newroz auf die Straße gegangen, um ihre Verbundenheit mit dem Befreiungskampf zu demonstrieren.
Über 9000 politische Gefangene sitzen unter unmenschlichen Bedingungen in den türkischen Knästen. Auch in der BRD gibt es viele politische Gefangene: mehrere hundert kurdische und türkische GenossInnen, davon fünf in Berlin-Moabit; die Gefangenen aus der RAF, die zumeist schon seit über 15 Jahren inhaftiert sind; Gefangene aus dem linken Widerstand, AntifaschistInnen und Totalverweigerer. Ihnen gilt unsere Solidarität! Auch zahlreiche FunktionärInnen der DDR werden aus politischen Gründen von der BRD-Siegerjustiz eingeknastet.
Freiheit für alle politischen Gefangenen!

Den bundesweiten Aktionstag am 18. März und Newroz am 21. März wollen wir - ein Bündnis kurdischer, türkischer und deutscher linker Gruppen und Organisationen - in einen Zusammenhang stellen und rufen zu einer breiten Beteiligung an gemeinsamen Aktionen auf.

Für eine große, gemeinsame und internationalistische NEWROZDEMONSTRATION am 20.3. 18 Uhr Hermannplatz!

Die BRD ist Kriegspartei gegenüber dem kurdischen Befreiungskampf und der revolutionären türkischen Linken - ökonomisch, politisch, militärisch. Dies zeigt sich sowohl in der Türkei und Kurdistan selbst, als auch in der Verfolgung von KurdInnen und revolutionären türkischen Linken hier in der BRD.

In Kurdistan ist Krieg. Allein 1996 sind 2800 Menschen dabei getötet worden. Die türkische Armee betreibt eine Politik der verbrannten Erde: über 3000 kurdische Dörfer wurden niedergebrannt und über 3 Mio. Menschen vertrieben. Terror herrscht auch in den türkischen Großstädten. Die Repression fordert heute mehr Opfer als in der Phase der offenen Militärdiktatur 1980-82. In den letzten zwei Jahren wurden mindestens 24 Gefangene von Schließern in den Knästen totgeschlagen, allein elf bei dem Massaker im Knast von Diyarbakir am 24.September 1996. 13 Gefangene starben bei dem großen Hungerstreik und dem Todesfasten im Sommer 1996. Die Türkei ist NATO-Vorposten in der Region und die Aufgabe der BRD ist es, diese Position zu sichern: Die Todesschwadronen und Antiterrorkommandos der Polizei werden von deutschen Offizieren ausgebildet. Die Führungsclique des türkischen Regimes ist eine Allianz militanter Islamisten mit faschistischen Bombenlegern, Drogenhändlern und Mafiosi. Die eigentlichen Machthaber aber sind die Militärs, die mit dem Geld und den Waffen der imperialistischen Staaten Krieg führen, während ein Großteil der Bevölkerung in Armut lebt.

Die BRD geht auch eigenständig gegen türkische und kurdische linke Organisationen vor. Schon direkt nach dem Militärputsch 1980 lieferte die BRD reihenweise türkische und kurdische Linke an die Türkei aus. Um ein Zeichen gegen die deutsche Abschiebepraxis zu setzen, tötete sich Cemal Altun 1983 in Berlin durch einen Sprung aus dem Fenster des Berliner Verwaltungsgerichts, nachdem seine Auslieferung beschlossen worden war. Damals war es eine türkische Organisation, Devrimci Sol („Revolutionäre Linke"), die in der BRD verboten wurde. Auch auf das Erstarken des kurdischen Befreiungskampfes ab 1984 reagierte der deutsche Staat mit Kriminalisierung. Im November 1993 wurden schließlich die PKK und insgesamt 35 weitere politische und kulturelle kurdische Organisationen verboten. Die Repression zielt nicht nur auf die Kader der politischen Organisationen, sondern auf die gesamte soziale, politische und kulturelle Organisierung der KurdInnen in der BRD. Ausländerpolizei, Staatsschutz, Knast, rassistische Ausgrenzung und Gewalt bilden ein komplexes Räderwerk, mit dem die kurdische und türkische Bevölkerung, wie fast alle ImmigrantInnen in der BRD, systematisch bedroht und drangsaliert werden. Dabei geht die Polizei mit äußerster Brutalität vor. In Berlin schlug die Polizei 1995 kurdischen Hungerstreikenden die Köpfe blutig und beschoß sie mit CS-Gas. Gülnaz Baghistani starb an den Folgen des Polizeieinsatzes. Bereits ein Jahr zuvor war der kurdische Jugendliche Halim Dener in Hannover beim Plakatieren hinterrücks von der Polizei erschossen worden. Gerade bei kurdischen politischen Gefangenen sind schwere Mißhandlungen an der Tagesordnung: Einem behinderten kurdischen politischen Gefangenen nahmen Schließer die Beinprothesen ab und schlugen ihn zusammen, eine kurdische Gefangene wurde mehrere Tage in einem ungeheizten Kellerraum nackt eingesperrt. Zwischen 1992 und 1996 wurden über 8000 KurdInnen, darunter auch Kleinkinder, in die Türkei abgeschoben. Mehrere sind seitdem „verschwunden", andere wurden gefoltert und ermordet. Diese umfassende Repression wird durch eine beispiellose Hetze in der deutschen Presse unterstützt, die mit immer neuer Propaganda, diesmal von angeblichen kurdischen „Spendengelderpressern" und „Drogendealern", einen antikurdischen Rassismus erzeugt und anheizt. Auf diesem ideologischen Fundament können die Verfolgungsbehörden bequem agieren, da jede weitere Razzia und jeder neue Prozeß nur das schon vorhandene Ressentiment bestätigt.

In Kurdistan gibt es heute unter den Bedingungen der Politik der verbrannten Erde, des Verbots aller kurdischen Parteien, der Verhaftung und Ermordung tausender legaler politischer AktivistInnen durch den türkischen Staat ohne den bewaffneten Kampf keine Möglichkeit zur Veränderung der Verhältnisse. Es ist mehr als bloße Verteidigung: gerade vor dem Hintergrund der kolonialen, feudalistischen Gesellschaftsordnung Kurdistans ist dieser Kampf für viele KurdInnen Hoffnung auf Befreiung. Auch in der Türkei selbst wächst der Widerstand gegen das korrupte Regime, gegen die staatlich betriebene Islamisierung der Gesellschaft, die wirtschaftliche Ausplünderung des Volkes und auch gegen den Krieg in Kurdistan, der auf dem Rücken der einfachen Leute ausgetragen wird. Ohne die Befreiung Kurdistans und ein Ende des Krieges wird es keine Veränderung der Verhältnisse in der Türkei geben. Umgekehrt kann dieser Kampf nur erfolgreich sein, wenn der vielfältige Widerstand gegen das Regime in der Türkei erstarkt. Hinter diesem Regime stehen die handfesten Interessen der BRD und der anderen imperialistischen Staaten - und die bekämpfen wir! Solidarität heißt Widerstand!

13. 3. 19 Uhr Veranstaltung zur aktuellen Situation im Baskenland mit einem ehemaligen baskischen politischen Gefangenen und einer Vertreterin von Gestoras pro amnistia, Café KATO, U-Bhf. Schlesisches Tor

15. 3. 17 Uhr Veranstaltung mit Film zum Jahrestag des Aufstandes in Istanbul- Gazi; Kulturhaus Silbersteinstr. 96, HH 1.St. U-/S-Bhf. Hermannstraße

16. 3. 18 Uhr Veranstaltung zur aktuellen politischen Situation in Kurdistan, der Türkei und zur Verfolgung kurdischer und türkischer Linker in der BRD, Café KATO, U- Schles. Tor

18. 3. 17 Uhr Knastkundgebung in Moabit

Alt Moabit 12a, U-Bhf Turmstr.

Freiheit für alle kurdischen, türkischen und deutschen politischen Gefangenen!
Schluß mit der Siegerjustiz gegen Menschen aus der ehemaligen DDR!

20. 3. 18 Uhr NEWROZ-Demonstration Hermannplatz

22. 3. 12 Uhr Kundgebung des Solidaritätskomitees mit den Samstagsmüttern gegen das Verschwindenlassen, Breitscheidplatz

AGIF- Föderation der ArbeitsimmigrantInnen aus der Türkei in der BRD; Demokratischer EmigrantInnenverein e.V.; Gruppe Venceremos; Hoybun Kurdischer Verein; Informationszentrum für freie Völker; KOB-Kollektiv; Kurdistan AG der TU; Prozeßgruppe Birgit Hogefeld; Rote Hilfe e.V. Berlin; Solidaritätskomitee Benjamin Ramos Vega

Die Zweite Allgemeine Verunsicherung

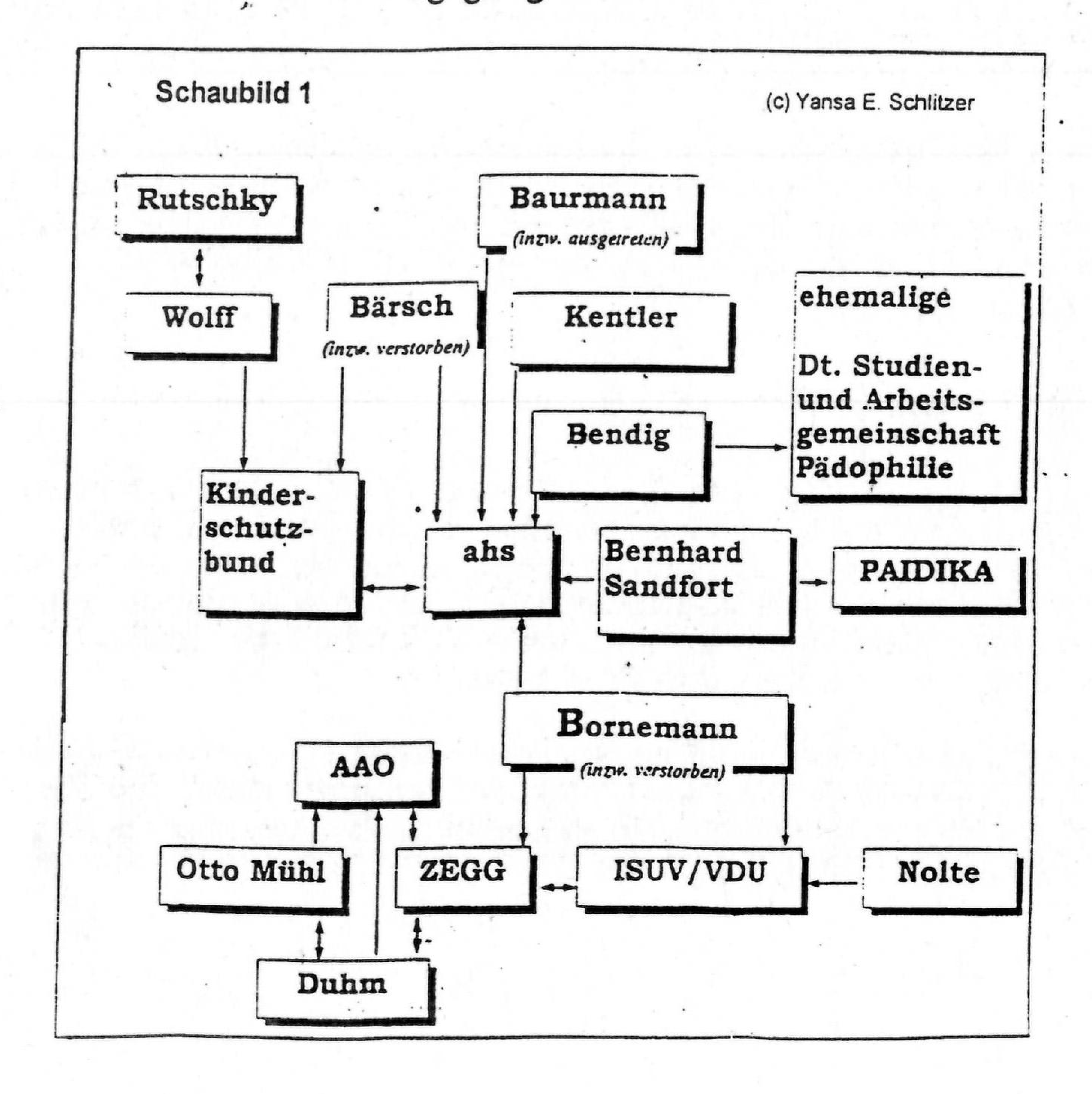
Unter diesem Titel hielt die Psychologin Claudia Bommert einen Vortrag zu sexuellem Mißbrauch und der Gegenbewegung "Mißbrauch mit dem Mißbrauch". Zu dieser Gegenbewegung zählt sie auch Reinhart Wolff. Den Vortrag hielt sie in verschiedenen Zusammenhängen in der BRD; eine entsprechende Dokumentation wurde u.a. über das Landesjugendamt Hessen verbreitet.

Das wiederum hat Wolff, Professor an der Fachhochschule für Sozialarbeit/Berlin gar nicht gefallen, er reichte eine Unterlassungsklage ein: Er forderte bei Zuwiderhandlung ein Ordnungsgeld von bis zu 500.000 DM oder eine Ordnungshaft von bis zu sechs Monaten und schlug einen Gegenstandswert von 30.000 DM vor. Verteidigt wird Wolff vom Anwaltsbüro Eisenberg und König, Görlitzer Str. 74, Berlin.

Was in dem Vortrag steht

Solange es Aufdeckungsarbeit zu sexuellem Mißbrauch gibt, haben bestimmte Personen/Gruppen ein Interesse, die Tatsachen zu verleugnen, zu vertuschen, zu bagatellisieren. Bei der heutigen Gegenbewegung tauchen dabei immer wieder die gleichen Medien, Verbände, Vereine und Einzelpersonen mit Angriffen gegen die Aufdeckungsarbeit auf.
Dazu gibt es ein von Frau Bommert zitiertes Schaubild (s.u.), das sie in ihrem Vortrag genauer erklärt und zusammenfassend folgendes sagt: "Wenn man die wichtigsten Vertreter dieser Gegenbewegung mit ihren Hintergründen, ihren Äußerungen und ihren Zugehörigkeiten zu Organisationen kennt, ist es nachvollziehbar, was ihre grundlegende Motivation für den Angriff gegen die Aufdeckung sexuellen Mißbrauchs ist: ihre offen unterstützende oder zumindest tolerierende Haltung pädophilen Verhaltens gegenüber." Zur Person Wolff schreibt sie: "In einem Interview in der Psychologie Heute behauptet Wolff, daß ein 'Verfolgungswahn gegen Väter, die ihre Kinder sexuell mißbrauchen' bestehe. Er sagt weiterhin, daß bei Pädophilie 'von Gewalt in der Regel überhaupt keine Rede sein' kann."

Sexueller Mißbrauch wird wieder angezweifelt. Einer solchen Entwicklung muß im Interesse der Betroffenen entgegen gearbeitet werden.



Verhandlung am 21.1.97 im Landgericht Berlin

Wolff klagte auf Unterlassung der Aussage, daß er ein Freund Pädophiler sei; er will nicht in dem Zusammmenhang mit AAO, ZEGG, Duhm, Mühl gebracht werden; sieht sich nicht als Unterstützer pädophilen Verhaltens und meint nicht, daß er sexuellen Mißbrauch propagiert, unterstützt oder mit entsprechenden Leuten sympathisiert.

Sein Anwalt Johannes Eisenberg führte die Klage in polemischem Stil aus und unterließ es auch nicht, solche Aussprüche zu machen, wie in der Anrede an Frau Bommert: "Sie sind doch eine hochintellektuelle Frau" und sprach im Zusammenhang mit denen, die sich mit dem Thema sexuellem Mißbrauch beschäftigen, von "z.T. niedrig sozialisierten Personen". Die ganze Rede lief darauf hinaus, daß der Status und Ruf des Professors Wolff nicht angekratzt werden darf, weil ihm dadurch finanzielle Nachteile, d.h. Forschungsgelder, Honorare etc., verloren gehen.

Die Klage wurde allerdings erst erhoben, als er für eine Stelle in der Organisationsarbeit zum Gemeinwesen im Landkreis Offenbach abgelehnt wurde, weil er pädophil und der Gegenbewegung zuzurechnen sei. Dabei wird Wolff z.B. schon in der EMMA Sep/Okt. '93 unter dem Titel "Falsche Kinderfreunde" ausdrücklich in Zusammenhang mit den im Schaubild auftauchenden Personen/Gruppen gebracht.

Das Urteil

C. Bommert darf unter Androhung von Ordnungsgeld/ Ordnungshaft nicht weiter behaupten, Wolff unterstütze offen oder toleriere pädophiles Verhalten oder wolle eigene sexuelle Interessen oder die angeblich pädophiler Freunde vor einer Strafverfolgung wegen sexuellen Mißbrauchs schützen oder er propagiere und unterstütze sexuellen Mißbrauch. Denn damit werde Wolff "in einer Weise diffamiert, die nicht mehr hinnehmbar" sei.
Allerdings darf sie weiterhin behaupten, daß Wolff sich durch seine Aussagen "in die Nähe einer pädophilen Haltung" bringt. Auch das Schaubild darf in dem Vortragstext bleiben.
Die Gerichtskosten werden geteilt.
Frau Bommert überlegt, in Revision zu gehen.

Wolff hat sich in den letzten 5 Jahren nie eindeutig von Pädophilen bzw. Sympathisierenden abgegrenzt, ganz im Gegenteil, er hat sie offen unterstützt und die Aufdeckungsarbeit zu sexuellem Mißbrauch diffamiert und somit erschwert. Mit diesem Urteil wird sei Einfluß auf die Gegenbewegung "Mißbrauch mit dem Mißbrauch" extrem verharmlost.

Infos zu Reinhart Wolff

Der Alt-68er Wolff war als Mitglied des Sozialistischen Deutschen Studentenbundes junger Revolutionär. In den 70er Jahren avancierte der Soziologe zum führenden Kopf der Kinderladenbewegung, die einst von Frauen initiiert war. Anfang der 80er gründete Wolff das Berliner Kinderschutzzentrum. Ende der 80er konzipierte er für den Deutschen Kinderschutzbund die neue Strategie "Hilfe statt Strafe" (dahinter verbirgt sich der sogenannte familienorientierte Ansatz).

- In Päd.Extra *April 1991* schrieb Wolff mit seiner Frau Angela Bernecker-Wolff den Artikel "Sexuelle Mißhandlung und Sexualpolitik" und behauptete darin, daß "die Kampagne gegen sexuellen Mißbrauch sich mit konservativen Gegnern sexueller Befreiung" zusammengeschlossen hat.

- Im Nachwort ihres Buches "Erregte Aufklärung", erschienen *1992* im Klein-Verlag (personell früher mit Konkret verbunden) dankte **Katharina Rutschky** Wolff für die Anregung und Inspiration zu ihrem Buch.

- *Frühsommer 1993*: Wolff setzte sich öffentlich für seinen Soziologie-Kollegen **Hans Geißlinger** ein. Geißlinger war Mitarbeiter des Sommerferienprojektes "Story-Dealer", deren Konzept ideale Bedingungen für pädophile Teamer bat. Von seiner Lebensgefährtin wurde er nach der Trennung beschuldigt, den gemeinsamen Sohn sexuell mißbraucht zu haben. Anwalt Geißlingers war in diesem Fall **Johannes Eisenberg.**

- *November 1993* war Wolff Gast bei einer Tagung der pädophilenfreundlichen **AHS (Arbeitsgemeinschaft humane Sexualität)** in Frankfurt. Hier referierte **Rutschky** und verkündete, daß ihr "größter Weihnachtswunsch" wäre, "die Wildwasser-Stellen zu schließen".

- Im *Januar 1994* veranstaltete Wolff einen Kongreß "Sexueller Mißbrauch". Anlaß: die "ideologisierte Mißbrauchspolitik", die "uferlose Verdächtigungshysterie", sowie "die Veröffentlichung des Berichtes über das Modellprojekt 'Wildwasser'". Die Wildwasserfrauen waren dazu nicht geladen, dafür war **Rutschky** als Referentin da. Der Kongreß konnte nach massivem Potest nur unter Polizeischutz stattfinden. Jugendsenator **Thomas Krüger** finanzierte den Kongreß mit.

- *1994*: Gemeinsam mit **Rutschky** gab Wolff das Buch "Handbuch sexueller Mißbrauch" (Klein-Verlag) heraus. Ein Autor darin war **Helmut Kentler** (s.u.).

- Psychologie Heute, *Juli 1994*: in dem schon eingangs erwähnten Interview sagte Wolff im Zusammenhang mit der Aufdeckungsarbiet zu sexuellem Mißbrauch: "Es handelt sich hier aber eher um eine Art gesellschaftlichen Wahns, um eine Ideologie, in deren Mittelpunkt der sexuelle Mißbrauch steht".

Kurzinfos zum Schaubild

Walter Bärsch - ehemaliger Präsident des Kinderschutzbundes. Verantwortlich für die Werbekampagne in Plakatform in verschiedenen Zeitungen mit Texten, wie "Vati war ihr erster Mann", "immer wenn sich die Gelegenheit ergibt, kann Onkel Paul nicht anders" etc. War Mitglied des Kuratoriums der **AHS**.

Bruno Bendig - gründete 1979 die "**Deutsche Studien- und Arbeitsgemeinschaft Pädophilie**" und war dort Geschäftsführer. Die Gemeinschaft schloß sich nach ihrer Auflösung der **AHS** an, deren Vorstand er wiederum war. Im Frühjahr 1994 zu einer mehrjährigen Haftstrafe wegen sexuellem Mißbrauch an drei Kindern verurteilt.

Dr. Helmut Kentler - Professor an der TU Hannover, Berater im Kuratorium der **AHS.** Er empfiehlt in seinen wissenschaftlichen Schriften die Unterbringung "straffälliger Jugendlicher" "bei pädagogisch interessierten Päderasten" und behauptet, daß bei sexuellen Kontakten dieser Art "Schädigungen ... im allgemeinen nicht (entstehen), hingegen ist der Nutzen oft groß."

Ernest Bornemann - Ebenfalls Mitglied im Kuratorium der **AHS**; Referent und gern gesehener Gast bei **ZEGG**. Hat den Ausspruch in der Öffentlichkeit getan: "Wer nie erlebt hat, wie ein launisches Püppchen von 10 Jahren einen gestandenen Mann von 40 herumkommandiert, der weiß wenig über Sexualität."

Dr. Michael Baurmann - Beamter des Bundeskriminalamtes; Vertreter der **AHS**; er findet, daß Folgeschäden von Mißbrauch vor allen durch Familienstörungen hervorgerufen werden, "wo aus allgemeiner Hilflosigkeit und Angst dramatisierend mit der Viktimisierung (Opferwerdung) umgegangen wird".

Fritz Bernard/Dr. Theo Sandfort - beide Mitglied des Kuratoriums der **AHS**. Herausgeber der niederländischen englischsprachigen Zeitschrift "**Paidika**"- Zeitschrift der Pädophilenbewegung.

Friedrich Nolte - Psychologe/Psychotherapeut und Gutachter aus München, spricht von "Mißbrauchshysterie", die "Merkmale einer kollektiven Psychose aufweist" in einer Broschüre des **ISUV** (**Interessenverband Unterhalt und Familien** - dem überwiegend geschiedene Männer angehören).

AAO, ZEGG, Otto Mühl, Dieter Duhm - Mühl war Leiter der AAO, wurde 1991 wegen mehrfachen sexuellen Mißbrauchs verurteilt. Sein Nachfolger und Verehrer Duhm leitet das ZEGG. Zusammenarbeit mit dem **ISUV**.

Zu der ehrenwerten Gesellschaft sind natürlich noch einige andere zu rechnen. Eins jedoch haben sie alle gemeinsam: ihre offen unterstützende oder zumindest tolerierende Haltung pädophilen Verhaltens gegenüber. So bekommen Pädophile, die sich zunehmend als Opfer ansehen, von akademischen Persönlichkeiten den wissenschaftlichen Background für ihre Rechtfertigung. Die VertreterInnen der Gegenbewegung "Mißbrauch mit dem Mißbrauch" übernehmen eindeutig Täterpositionen - und Reinhart Wolff ist einer der wichtigsten von ihnen.

Zum Thema gibts eine neue, übersichtliche Broschüre: "Zur Kampagne 'Mißbrauch mit dem Mißbrauch'"; Kontaktadresse: Klytämnästra, c/o Jugendclub Courage, Bismarckstr. 40, 50672 Köln

---







Orga - Orga - Orga - Orga - Orga - Orga - Orga -

Gutschein

für alle Lesben

für kostenlose Mitgestaltung der

Lesbenwoche '97 -
umsonst, aber nicht vergebens!

Kommt zu den Treffen oder schreibt uns:

Do, 13.3., 20h

Di, 25.3., 20h

Adresse:

FrauenLesbenRaum im Mehringhof,
Gneisenaustr. 2a
10 961 Berlin
Tel.: 691 29 71

Lesbenwoche '97





An Carrie,

"Binsenweisheit: jedes Verhältnis spiegelt ein Machtgefälle und Ungleichheiten wieder (auch zwischen Frauen), die sich nur potentiell aufheben lassen, da sie idealistische Konstruktionen sind. Daß wir von einem patriarchalen Geschlechterdeal ausgehen und die Reproduktionsmacht der Frauen dabei nicht ausklammern wollen, heißt nicht, daß wir das Patriarchat leugnen - so ein Quatsch."

Diesen ziemlich schwer verständlichen, verquast geschriebenen, angeblichen 'Binsenweisheits'satz aus Carries Antwort oder Schmähschrift an die "brech-Gereizte" in der Interim Nr.409 wollen wir/will ich im folgenden etwas genauer untersuchen und Fragen daraus entwickeln. Ich kann nur auf einen Ausschnitt des 'Diskurses' von Carrie - und Mc Murphy - eingehen, alles andere wäre zu umfangreich und würde den Rahmen der Interim sprengen.

Ich denke, daß nicht jedes Verhältnis zwischen Menschen, besonders zwischen Unterdrückten, zwingend ein Machtgefälle und Ungleichheiten widerspiegeln muß. Dies ist wichtig für die Rangehensweise, obwohl es mir im Folgenden speziell um die "Sex and Gender"- auseinandersetzung geht. Grundsätzlich sind solidarische und gleichberechtigte Beziehungen (früher hätten 'wir' es kollektive genannt) das, wovon ich träume. Und du bestimmt auch.

Davon ausgehend stellt sich dann für mich erst die Frage nach dem sozialen Geschlechterverhältnis, nach Diskriminierung und Unterdrückung von 'FrauenLesben', nach Macht-und Gewaltverhältnissen und den ihnen zugrundeliegenden ökonomischen Verhältnissen. Gesellschaftlich gesehen beruht das Patriarchat leider nicht allein ausschließlich auf "idealistischen Konstruktionen", sondern es ist materialistisch -im philosophischen Sinne- erklärbar. Es ist geschichtlich entstanden und läßt sich nicht allein individuell, sondern letztendlich nur gesellschaftlich - über einen Kampfbegriff und praktische Veränderung- "aufheben" und dann auch nicht nur "potentiell".
Damit es kein Mißverständnis gibt, auch ich setze das Wissen voraus, daß die Rollensozialisation bereits im frühesten Babyalter beginnt, was bereits in den 70er Jahren analysiert worden ist. (z.B.'Wir werden nicht als Mädchen geboren') und wirklich nichts Postmodernes ist. Geschlechterrollen sind anerzogen: Einem zweiwöchigen Baby werden bereits unterschiedliche rollenspezifische Mobiles übers Bett gehängt, Babys werden unterschiedlich optisch oder akustisch stimuliert, unterschiedlich lange gestillt und auf den Arm genommen, Bilderbücher und Spielzeug sind zum Großteil rollenspezifisch etc. etc. Eure (und Jessica Benjamins ?) überbetonung der sozialen Mutterrolle - um eine biologische wird es sich ja wohl nicht handeln - finden wir so wie ihr es darstellt falsch, aber darüber ließe sich streiten. Es gibt andere Thesen, die den sozialen Vater als konservativer in bezug auf

Rollenerziehung sehen als die soziale Mutter. Auch Marilyn French, die bekannt ist für ihre Romane über Mutter-Tochter- Beziehungen, geht in einem neueren Roman auf die Rolle des Vaters, sowie auf die "race and class"- Differenzen zwischen Schwestern ein.
Zurück zum Ausgangssatz. Ihr schreibt ihr wollt die Reproduktionsmacht der Frauen nicht ausklammern. Warum nennt ihr das Macht, handelt es sich doch gerade bei der Reproduktionsarbeit um unsichtbare, unentlohnte Arbeit, die eben wenig mit Macht zu tun hat, es sei denn ihr versteht das als kämpferische Arbeiterinnenmacht von unten.
Vielleicht habe ich dich, Carrie, falsch verstanden, aber du schreibst dazu ja auch (fast) nichts. Damit wiederholst du was gesellschaftlich existiert. Hausfrauen- und Frauenarbeit ist keine echte Arbeit, höchstens zusätzlich...nicht erwähnenswert, nicht produktiv und nicht sichtbar. - Interessant dabei ist, daß du dich selbst darüber beschwerst, daß deine Argumente von den "späten Männern" "ignoriert" werden, weil du eine "Frau" bist. (S.15 oben). Du siehst also, auch deine Theoriearbeit ist unsichtbar.
Muß ich wirklich diese ganze Debatte, heute heißt dies wohl 'wissenschaftlicher Diskus', noch einmal ausführen ? Die Lohn-für Hausarbeit- debatte aus Italien, Texte zu: Liebe als Arbeit und Arbeit aus Liebe, Begriffe wie Gebärarbeit (im englischen: labour), Erziehungsarbeit, Reproduktionsarbeit, 'zusätzliche' Arbeit zur Hausarbeit, Familienlohn, Niedriglohnarbeit im Fließbandbereich oder im sog. 'Dienstleistungssektor' (Putzjobs, Sekretärinnen etc.).
Witzig, daß gerade in der letzten Ausgabe der Arranca zu Neoliberalismus ein sehr interessanter Artikel darüber zu finden ist, auf den ich gerne verweise, besonders deshalb weil die Sexualitäts-Arranca wirklich fürchterlich schrääg ist. Gut, ich bin altmodisch an diesem Punkt, wahrscheinlich sagen mir die modernen oder postmodernen Butlers und Benjamins auch deshalb weniger zu, weil meine eigene Wirklichkeit wenig Raum zur Dekonstruktion bietet. Müßte doch zuerst diese oben nur stichwortartig angerissene Auseinandersetzung wieder geführt werden. Konkret wie müßte die gesellschaftlich notwendige, zu 2/3 von FrauenLesben gemachte Arbeit weltweit verteilt oder ganz abgeschafft werden, damit 'wir' überhaupt die Freiheit zur Dekonstruktion haben ?. Und da reicht es nicht aus, wenn sich Männer vielleicht irgendwann einen Rock anziehen - obwohl sie spätestens dann Probleme bekommen, wenn sie sich um eine gut bezahlte Arbeit bewerben. Versteht mich nicht falsch, ich habe nichts gegen solche Rollenverwirrungen, im Gegenteil ! Aber solche Diskurse sind solange tatsächlich bürgerlich, solange andere Frauen keine Zeit finden darüber nachzudenken, geschweige denn darüber zu schreiben oder danach zu handeln.
Vielleicht habe ich dich, Carrie, wiederum falsch verstanden, da ich eure 'Diskurse' nicht alle verfolgt habe und ich mich hier nur auf einen sehr kleinen Ausschnitt beschränke....ich bin jedoch weder theoriefeindlich noch will ich euch wegzensieren, wozu auch. Obwohl ihr sehr viel Raum in der Interim einnehmt. Artikel z.B: über powerige Aktionen gegen Frauenarbeit sind dagegen doch eher selten.
Und noch was: Ich diskutiere zwar oft in gemischten Zusammenhängen, aber wichtiger und genauer sind für mich meist die Diskussionen unter FrauenLesben. Und ist nicht gerade die Schwäche der jetzigen FrauenLesbenbewegung mit verantwortlich für ein RollBack in der Szene ?

Texte, wie die von P.C. sind ja wirklich nichts mir Unbekanntes, sondern eher das kapitalistisch-sexistische Alltägliche und vielleicht können Männer in Männergruppen daran ihre eigenen Abgründe klarer machen. Aber warum sollte ich meine (Reproduktions)arbeit mit 'Männerphantasien' verschwenden, die nun wirklich nicht meine sind? Daß so eine Haltung von Arbeitsverweigerung die Rollenzuweisungen auch noch zementieren soll ist mir nicht einsichtig.
Hier ein wörtliches Zitat, da du es haßt falsch zitiert zu werden: "Es gehört sich so, daß Männer unter Männern und Frauen unter Frauen zu diskutieren haben, was deren Rollenzuweisungen natürlich auch nur zementiert" Und dann schränkt ihr eure Polemik selbst ein, wohl weil ihr gemerkt habt, daß daran irgendwas nicht stimmt: "Wir sehen, daß das teilweise nötig ist, trotzdem !".
Zum Schluß noch einige neue Überlegungen, sie sich bei uns in der Diskussion herausgeschält haben. Wäre es nicht möglich, daß gerade ein postmodernes Patriarchat Dekonstruktionen auf bestimmten Ebenen durchaus in sich aufnehmen kann. Dazu fallen uns konkrete Beispiele ein, wie sich Rollen in den letzten Jahren bereits verändert haben. Und da ist vieles denkbar. Manager mit Zöpfen und blauen Haaren, warum nicht mit Röcken. Röcke z.B. sind geschichtlich gesehen nichts weibliches, Mode kann sich verändern ohne daß sich gesellschaftlich etwas grundlegend verändert. Oder ein anderes Beispiel: die postmodernen 'Schönheitsideale' in der Calvin Klein- Reklame oder die immer häufigeren männlichen Sexmodelle in der Kinowerbung. Wäre es außerdem nicht denkbar, daß die "neuen Männer" von Ina D., die das "Land braucht", die alte relativ gut bezahlte Frauenarbeit - wie SozialpädagogIn, ErzieherIn, PflegerIn, ChefsekretärIn, Modell - übernehmen und FrauenLesben noch mehr in die mies bezahlten bis überhaupt nicht bezahlten Arbeiten gedrängt werden, wie Putzjobs oder private Haussklavinnnenarbeit, Kinder'mädchen' etc. ? Dinkis, auch weibliche, werden sich natürlich auch in Zukunft nicht selbst an der Hausarbeit beteiligen müssen. (siehe Comic)
Wie beim Thema Stadtentwicklung in der Interim in bezug auf neue flexible Arbeit bereits angeschnitten, ist es selbstkritisch überlegenswert, ob nicht gerade die Autonomen teilweise zur Erneuerung des Patriarchats beitragen anstatt es radikal zu bekämpfen.

*

"Wie oft stellt sich etwas so dar, daß es sein kann. Oder gar, daß es anders sein kann als bisher, weshalb etwas daran getan werden kann. Das wäre aber selber nicht möglich ohne Mögliches in ihm und vor ihm."

Ernst Bloch, geschrieben 1938-47, das Prinzip Hoffnung





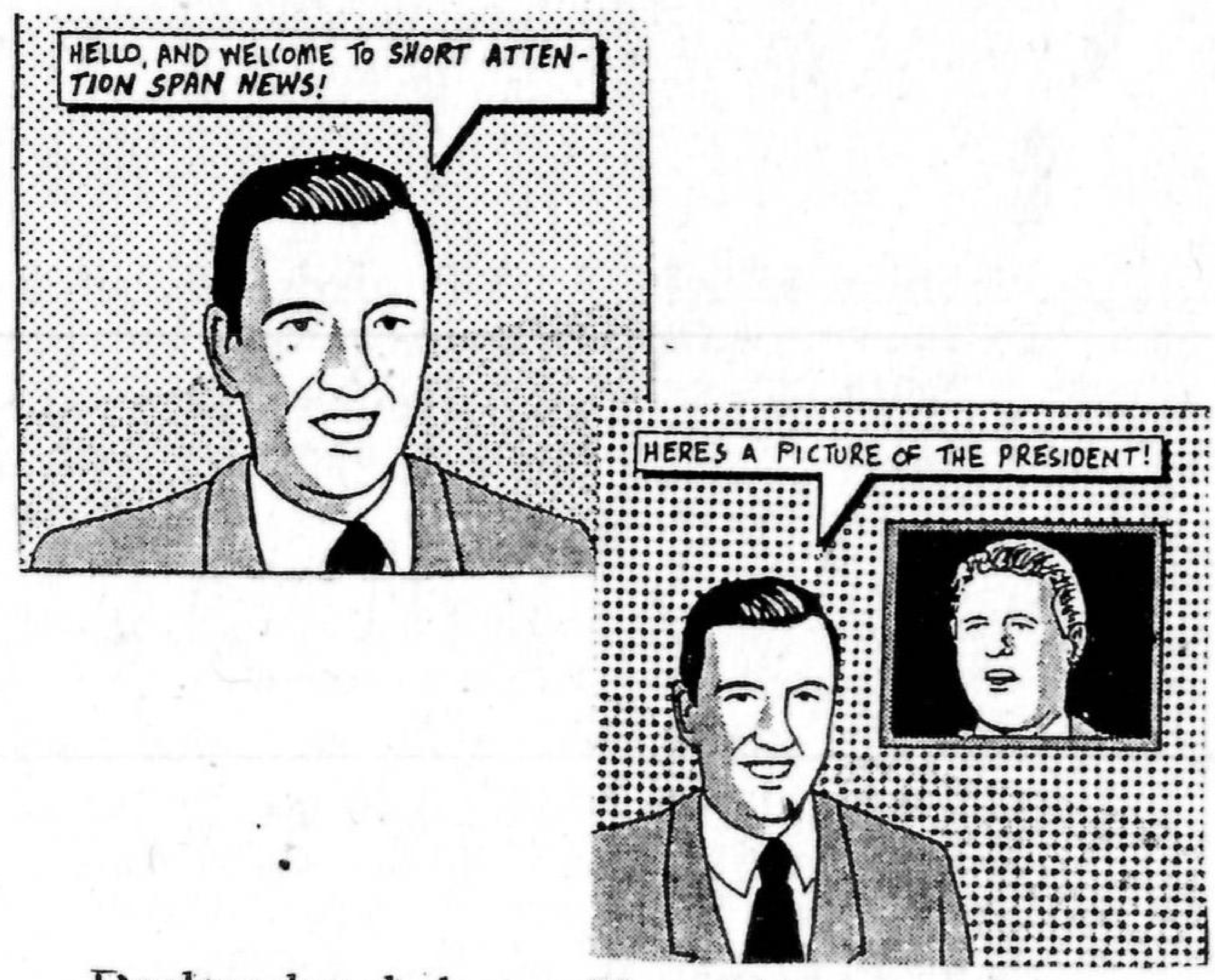


das dumme Huhn.

L'europe des luttes, c/o Schwarzmarkt, Kl.Schäferkamp 46, 20357 Hamburg.

FernfahrerInnenstreik in Spanien - einige bemerkungen. Der Streik fing am 6.2.96 an. Im Laufe der letzten 2 Wochen, dieser Text gibt den Stand vom 19.2 wieder, haben FernfahrerInnen Blockaden an Autobahnen, vor Fabriken und Häfen hauptsächlich im Norden Spaniens und im Euskadi errichtet. Dies hat zur Lahmlegung der Produktion hauptsächlich in Autofabriken, zu Versorgungsproblemen in Supermärkten und zu gewaltigen Staus geführt. Auch in Deutschland sind mehrere Werke von VW und Opel dabei, die Produktion zu stoppen und Kurzarbeitergeld zu beantragen, weil fehlende Teile aus Spanien für die Endfertigung benötigt werden. Die Produktionsausfälle werden durch flexible Arbeitszeitregelungen auf die Rücken der Beschäftigten abgewälzt, die zu Mehrarbeit ohne Zuschläge verpflichtet sind, wenn die Produktion wieder in Gang gekommen ist. Ein Mensch wurde schon an einer Sperre überrollt und getötet, als er versuchte einen französischen LKW anzuhalten. Es ist zu gewalttätigen Auseinandersetzungen mit der Polizei bei Streikposten gekommen, und zahlreiche Menschen wurden festgenommen. Die Polizei in Euskadi (Ertzaintzas) ging besonders brutal vor. Auch in anderen Teilen Spaniens wurden Streikposten geräumt und LKW-Konvois von der Guardia Civil eskortiert. Der spanische Premier, Aznar, versucht neben zähen Verhandlungen die Streikbewegung zu spalten, indem er die von ihm als radikal bezeichneten Streikenden zum Umfeld der ETA rechnet.

Die von der gewerkschaft Fedatrans gestellten Forderungen sind: Pflichtverrentung mit 60 zu 100% des Lohnes und freiwillige Verrentung mit 55, mit Inkaufnahme von Abstrichen; Anerkennung von Berufskrankheiten; Kraftstoff-Rabatt für alle FernfahrerInnen; Verschärfungen des Zulassungsverfahrens für neue Transportunternehmen. Die Gewerkschaft Fedatrans hat den Streik ausgerufen. Sie ist eine Gewerkschaft, die die Interessen selbstständiger FernfahrerInnen vertritt. 86% der Transportunternehmen in Spanien repräsentieren Firmen mit einem LKW. Fedatrans gehört weiter zum CNTC, dem nationalen Komittee für Ferntransport (Dachverband der Gewerkschaften im Transportbereich) aber hat dort kein Stimmrecht. Sie fordert direkte Verhandlungen mit der Regierung ohne den Umweg über den



Dachverband, dessen Vorschläge zur Einigung in diesem Streik deutlich von ihren abweichen. Zum Beispiel würden selbstständige FernfahrerInnen diesen Kraftstoffrabatt nicht bekommen. Fedatrans hat einen Rabatt von 14 Pesetas pro Liter gefordert, während die anderen sich mit dem Angebot der Regierung von 5 bis 10 Pesetas begnügen.(1 Liter Diesel kostet c. 94 Ptas. 100 Ptas = 1,11 DM).

Am 18.11.96 fing ein FernfahrerInnenstreik in Frankreich an. Nach 12 Tagen lenkte die Regierung ein und erfüllte alle Forderungen der Streikenden. Verrentung mit 55 nach 25 Jahren Arbeit. Reduktion der Karenztagen von 10 auf 5. Neudefinition von Übernachtungskosten, Sonntagsfahrverbot für ausländische LKW, Neuregelung der Arbeitszeiten, eine Einmalzahlung von 3000 F. Der Streik begann mit einem von den Gewerkschaften angesetzten Aktionstag, aber ist hauptsächlich ohne gewerkschaftliche Lenkung weitergeführt worden. Es ist hier anzumerken, daß der gewerkschaftliche Organisationsgrad im Streik nur 7% betrug. Generell beträgt der gewerkschaftliche Organisationsgrad in Frankreich weniger als 10%. In diesem Zusammenhang ist interessant, daß der unmittelbare Lohnausfall eines Streiks nicht durch gewerkschaftliche Streikkassen ausgeglichen wird. Dies führt dazu, daß die Streikbewegung weniger abhängig vom Gewerkschaftsapparat ist als in der BRD. Ausfälle werden normalerweise durch Verhandlungen nach dem Ende des Streiks für alle, und nicht nur für Gewerkschaftsmitglieder, ausgeglichen. Ein Streik muß deshalb möglichst erfolgreich enden. (s. Arbeiterpolitik Nr.1, Jan 96).

. Ab 1.7.98 fallen in den EG-Staaten die Beschränkungen für ausländische Transportunternehmen am innerstaatlichen Verkehr jedes Mitgliedslandes weg. Die spanischen FernfahrerInnen sind die mit am schlechtesten Bezahlten in Europa. Die französischen betonen ihre Ängste von ihnen 1998 unterboten zu werden. Dagegen sind die fixen Kosten im französischen Transportbereich erheblich geringer als in vielen anderen Staaten. Die Freigabe des innerstaatlichen Fernverkehrs wird zu einem Konkurrenzkampf führen, der das unterste Niveau zum Standard machen könnte. Der spanische Streik kann als Versuch gesehen werden, der drohenden Verschlechterung der Arbeitsbedingungen Widerstand durch innerstaatliche Absicherung entgegenzusetzen.

Auch jetzt ist es z.B. in der BRD möglich, daß ausländische Unternehmen in Konkurrenz zum inländischen Markt agieren. Dies kann jedoch nur unter Beschränkungen des Güterkraftverkehrsgesetzes geschehen, die im Zuge der EG-Entwicklungen aufgeweicht werden. Als Effekt soll es ermöglicht werden, daß ausländische SubunternehmerInnen als BilliganbieterInnen von der BRD-Industrie benutzt werden können. Es ist im Interesse des Europa-Kapitals, mit am stärksten durch das BRD-Kapital vertreten, die Lohnkosten im Transportbereich soweit wie moglich zu senken. Darüber hinaus sind die Speditionen bestrebt, Risiko und Kosten auf die FernfahrerInnen abzuwälzen, indem sie Betriebsangehörige in die Scheinselbständigkeit zwingen. Dies ist jetzt schon Praxis in der BRD und bedeutet, daß diese ArbeiterInnen Miete und Wertverlust des LKWs bezahlen mussen, und dafür mit einem Stundenlohn von 25 DM abgegolten werden.

Italienische AnarchistInnen. Die vorverhandlungen zu den Ermittlungen gegen 68 AnarchistInnen sollten am 16.1.97 anfangen(s. Feb.Zeck). Diese wurden aber zum zweiten Mal verschoben, diesmal auf den 19., 20., 22. und 24. März. Begründet wurde das damit, den Richtern die Möglichkeit zu geben, Michele Pontolillo und Giovanni Barcia zu verhören, 2 AnarchistInnen, die von den Ermittlungen betroffen sind, und die am 18.12.96 in Cordoba (Spanien) bei einem Banküberfall festgenommen wurden. In dem Schußwechsel sind 2 Polizisten ums Leben gekommen. Für weitere Infos zu den Verfahren gegen AnarchistInnen in Italien: der Ausbruch Nr.2 zu beziehen für 2DM +Porto bei Soligruppe Italien, c/o Infoladen, Breisacherstr. 12, 81677 München. Ein theoretischer Text 'vom Krawall zum Aufstand' von Alfredo Bonanno, der als Chef der fiktiven bewaffneten Bande ORAI gelten soll, ist für 3DM bei L'europe des luttes zu beziehen.

AsylbewerberInnen im Hungerstreik. Mehr als 30 AsylbewerberInnen, die im Gefängnis von Rochester in England untergebracht sind, sind seit dem 6.1.97 im Hungerstreik. Sie protestieren u.a. gegen ihre Unterbringung in einem Gefängnis. Einige von ihnen sind in einem sehr kritischen physischen Zustand. 74 AsylbewerberInnen haben den Hungerstreik im Januar angefangen. Einige von ihnen sind seit 2 Jahren im Gefängnis und warten nur darauf, daß ihre Asylanträge bearbeitet werden. Einer wurde am 14.2 gegen Kaution entlassen. Wenn er gegen Kaution entlassen wurde, dann ist klar, daß auch die Gerichte zugeben, daß er nie hätte engesperrt werden sollen. Leider liegen uns sehr wenige Informationen vor, für mehr Infos solltet Ihr Euch an die folgende Adresse wenden: ARCH c/o SQUASH, 2 St. Pauls Rd., London N1 2QN.

Protestfaxe: Secretary of State, Michael Howard MP. 0044 171 273 3965

Solifaxe: The asylum detainees on hunger strike in D + E Wing, Rochester Prison, 0044 1634 401 703.



zu birgit hogefeld

"DENKE NICHT, DASS MAN TRAURIG SEIN MUSS, UM MILITANT SEIN ZU KÖNNEN - AUCH DANN NICHT, WENN DAS, WOGEGEN MAN KÄMPFT, ABSCHEULICH IST!" (FOUCAULT)

Mit diesem Text reagieren wir als ein militanter Zusammenhang auf Birgit Hogefelds Prozeßschlußerklärung vom 29.10.96[1], die beiden RAF-Stellungnahmen vom 29.11.96[2] und 9.12.96[3] sowie das Nachwort des Berliner Prozeßbüros aus dem Buch "Birgit Hogefeld - Ein ganz normales Verfahren ..."[4].
Eingangs gehen wir in unserem Text auf die bisher erfolgten Reaktionen auf Birgits Prozeßerklärung ein. Die Aspekte, die dort hauptsächlich behandelt werden, greifen wir nur insofern auf, als wir sie entweder unterstützen bzw. um einzelne Gedanken ergänzen.
Im zweiten Abschnitt geht es uns um eine skizzenhafte Beschreibung der HERRschenden Verhältnisse, die uns umgeben und in jene wir verwickelt sind. Dabei geht es uns auch darum herauszustreichen, daß jene gesellschaftlichen Verhältnisse der entscheidende Faktor sind, in welcher Form sich Protest und Widerstand, und ob er sich militant und/oder bewaffnet artikuliert.
Von dieser gesellschaftlichen Situationsbeschreibung ausgehend, wollen wir unsere daraus folgenden inhaltlichen, praktischen und organisatorischen Ansätze nochmals kurz darlegen. Wir stützten uns dabei auf das Fazit unseres ersten Textes[5].
Abschließend werden wir uns mit Birgits Aussage, daß militante/ bewaffnete Politik "keine konkret bestimmbare Funktion für tatsächliche Veränderung" mehr habe, näher beschäftigen, um danach die Fragen aufzuwerfen, die wir angesichts der derzeitigen Situation für die Initiierung und den Aufbau eines 'Gegenmachtsprozesses' der Linken für wichtig halten.

I. BISHERIGE REAKTIONEN AUF BIRGIT HOGEFELDS PROZEß-ERKLÄRUNG:

Wir denken auch, wie im Nachwort des Prozeßbüros geschrieben, daß sich in Birgits Veröffentlichungen nach ihrer Festnahme eine zunehmende Distanz zu ihrer eigenen Geschichte in der RAF finden läßt. Sie hat das in ihrer Prozeßerklärung noch einmal explizit betont, in dem sie aus einem früheren Brief zitiert, wo es heißt: "Die Welt aus der ich komme, der fühle ich mich nicht mehr zugehörig und so bin ich irgendwo im Niemandsland (...)". Ihre autobiografische Reflexion tendiert deutlich in die Richtung, daß sie mit dem 'Kapitel RAF' allmählich abschließt. Vor diesem Hintergrund sind ihre Ausführungen gerade zu militanten und/oder bewaffneten Aktionsformen zu betrachten.

Vielen ist an ihren Aussagen in ihrer Prozeßerklärung aufgestoßen, daß sie Ohnmachtserfahrungen in einen kausalen Zusammenhang mit militanter und/ oder bewaffneter Politik bringt. Auch wir können ihre Interpretation nicht teilen, wonach "Ohnmachtserfahrungen durch die Texte von Menschen (scheinen), die heute am Aufbau bewaffneter oder militanter Gruppen überlegen".
Wir finden, daß solch eine Interpretation in unzulässiger Weise die Beweggründe für die Aufnahme einer klandestinen Politik verkürzt. 'Ohnmacht' erzeugt entweder Lähmung, also Stillstand, absolute Inaktivität oder unreflektierte Trotzreaktionen, die von kurzer Dauer und sporadisch sind. Ein kontinuierlicher über mehrere Jahre hinweg bestehender militanter Zusammenhang kann nicht durch ein permanentes Gefühl von Ohnmacht aufrechterhalten werden. Damit läßt sich eine gruppeninterne Reproduktion und Motivation für künftige Interventionen nicht durchhalten. Im Gegenteil, damit solch eine Initiative existieren kann, ist eher eine hoffnungsvolle Grundstimmung erforderlich; "Die Entscheidung (für den bewaffneten Kampf, d. Verf.) ist immer mit der Hoffnung und Vorstellung verbunden gewesen, im gemeinsamen weltweiten Kampf um Befreiung ein herrschaftsfreies Leben erkämpfen zu können" (RAF-Stellungnahme vom 29.11.96). Wäre Ohnmacht die einzige Grundlage unseres Handelns, wäre unsere Struktur längst zerbrochen und wir hätten einpacken müssen.
Auch heute speist sich also die Motivation, militante und/oder bewaffnete Gruppen aufzubauen, weniger aus psychischen Dispositionen oder Ohnmachtsgefühlen, sondern noch immer primär aus der Verfaßtheit der HERRschaftskonstellationen in dieser Gesellschaft und aus zielgerichteten Überlegungen, wie diese zu überwinden sind. Gegen Ende ihrer Prozeßerklärung relativiert Birgit ihr Ohnmachtsmuster, in dem sie ausführt, daß "die RAF (...) immer und in erster Linie die Reaktion von Menschen auf die hier herrschenden Verhältnisse (war)." Dies scheint sie aber nur für die Vergangenheit gelten zu lassen, nicht für Gegenwartsprozesse.

Daß Birgits Ausführungen gerade in ihrer Prozeßschlußerklärung nicht mehr eindeutig an die (radikale) Linke adressiert sind, sondern mehr an die staatliche Politik, ist bereits hervorgehoben worden. Ihre Positionen nehmen zunehmend einen appellativen Charakter gegenüber staatlichen Stellen an, in dem Birgit bspw. ihre Erklärung mit dem Satz beschließt, daß "eine wesentliche Voraussetzung dafür (öffentliche Auseinandersetzung um RAF-Geschichte, Anm. d. Verf.) staatlicherseits ein anderes Umgehen mit uns und unserer Geschichte (ist) und dafür braucht es Signale in diese Richtung, die nur von der Politik kommen können." Es bleibt unverständlich, daß Birgit einerseits richtig feststellt, daß "eine solche Auseinandersetzung öffentlich staatlicherseits überhaupt nicht gewollt (ist)", andererseits vor diesem Hintergrund dennoch 'Signale von der Politik' einfordert. Wir können jedenfalls diese Argumentation nicht nachvollziehen. Zudem müßte es doch eigentlich eine Binsenweisheit sein, daß es kein materielles Interesse des BRD-Staates geben kann, der revolutionären Linken in irgendeiner Form 'Türen zu öffnen'.

---

[1] vgl. Interim Nr. 396/397, 8.11.96/15.11.96
[2] vgl. Interim Nr. 401, 12.12.96
[3] vgl. junge Welt, 14/15.12.96
[4] vgl. Interim Nr. 403, 9.1.97
[5] vgl. Interim Nr.388, 13.9.96

Einen weiteren Aspekt betrifft Birgits Art und Weise der Geschichtsreflexion der Linken. Birgits Aussage über den Sinn einer Geschichtsreflexion können wir folgen, wonach aus geschichtlichen Abläufen Erkenntnisse gezogen werden können, "die für künftige politische Bestimmungen, aber auch um die Wiederholung alter Fehler zu vermeiden, Orientierungshilfen sein können." Wir ziehen allerdings grundverschiedene Konsequenzen daraus. Wir begreifen Geschichtsreflexion nicht als eine Form des Wegkippens von Geschichte, wie wir es leider bei Birgits Ausführungen finden. Wir halten es für keinen produktiven Umgang mit linker Geschichte, wenn Positionen und Befreiungsvorstellungen aus den 60er und 70er Jahren pauschal als "aus einer vergangenen Epoche" kommend interpretiert und im Rückblick 'Staat und RAF' praktisch als 'zwei Seiten einer Medaille' betrachtet werden. Fast folgerichtig kulminiert Birgits Geschichtsaufarbeitung in der Unterstützung von Helmut Pohls Aufforderung an die Illegalen, ihre Auflösung als RAF zu erklären; sie verstärkt diese Aufforderung mit dem Zusatz, daß "dieser Schritt lange überfällig (ist)."
Linke/linksradikale Strukturen und Erfahrungen werden hier nicht mehr wirklich als mögliche politische Kraft und Quelle der Reflexion begriffen; Birgit knüpft an keinem Punkt an linker/linksradikaler Widerstandsgeschichte an, sondern übertitelt linke/ linksradikale Politik im Grunde nur noch als 'katastrophische' Entwicklung. So stellen wir uns eine Reflexion unserer eigenen Geschichte nicht vor! Wir können in diesem Zusammenhang nur die Aussage der GenossInnen von der RAF unterstreichen, wonach "die Auseinandersetzung um die Geschichte der Linken für uns nur einen Sinn (macht), wenn sie zur Neubestimmung revolutionärer Politik und Neuformierung einer radikalen Linken beiträgt!' (RAF-Stellungnahme vom 29.11.96).

II. HERRSCHENDE VERHÄLTNISSE, MILITANTE/BEWAFFNETE POLITIK UND 'SOZIALREVOLUTIONÄRER SEPARATISMUS':

Wir gehen davon aus, daß das gesellschaftliche und staatliche System der BRD einen hohen Grad an innerer Stabilität aufweist. Aller Zusammenbruchsphantasien zum Trotz konnte sich diese Struktur mittels Konsensbildung, Integrations- und Modernisierungsfähigkeit sowie durch die Option präventiver und struktureller Repression immer wieder behaupten. Wir wollen an dieser Stelle keineswegs den Eindruck erwecken, die Bevölkerung akzeptiere nur deshalb die Gesellschaftsordnung der BRD, weil sie von einem staatlichen Unterdrükkungsapparat eingeschüchtert und so an einem 'Befreiungsschlag' gehindert werde. Vielmehr stützen und reproduzieren große Teile der Bevölkerung die gesellschaftliche HERRschaftsstruktur der BRD und betrachten linksradikale Bestrebungen in erster Linie als existentielle Bedrohung für die eigene Lebensführung.
Seit dem Zusammenbruch der realsozialistischen Staaten bekommt dieses vielschichtige Instrumentarium staatlicher Kontrollbildung mit der vermeintlichen Legitimation des Siegers eine neue Qualität. Ehemals erkämpftes Terrain und strukturell verankerte Errungenschaften stehen in allen gesellschaftlichen Bereichen derzeit zur Disposition oder sind zumindest bedroht:

Ehemals erkämpfte soziale Sicherungssysteme werden systematisch abgebaut, die bisherigen Flächentarifverträge werden ersetzt durch innerbetriebliche Tarifregelungen, daneben weiten sich der Niedriglohnbereich sowie die außerbetrieblichen Arbeitsverträge aus (dritter, vierter, fünfter Arbeitsmarkt). Die Gewerkschaften stehen diesen Umstrukturierungen der Arbeitsmärkte nicht nur konzeptlos gegenüber, sondern betreiben mit ihrer sozialpartnerschaftlichen Politik (Bündnis für Arbeit) aktive BRD-Standortpolitik und leisten damit einer wohlstandschauvinistischen Entwicklung Vorschub. Anzeichen dafür sind vor kurzem laut gewordene Äußerungen der DGB-Chefetage, eine striktere Kontingentierung von MigrantInnen vorzunehmen. Wenn solche Vorschläge Grundlage gewerkschaftlicher Politik werden sollten, und sich die Interessensvertretung zunehmend auf die deutschen Lohnabhängigen beschränkt, wird der Verdrängungsprozeß von MigrantInnen in entgarantierte bzw. illegalisierte Arbeitsverhältnisse beschleunigt. Ein solcher Verdrängungsprozeß von MigrantInnen aus bestimmten Arbeitsmärkten drückt die allgemeine rassistische Abschottungspolitik nach außen und Ausgrenzung im Innern aus. Genauso werden Frauen aus Beschäftigungsverhältnissen herausgedrängt und ihrer Möglichkeiten für eine ökonomischen Eigenständigkeit beraubt. Statt dessen wird ihnen durch den Rückzug des Staates aus seinen „klassischen Verantwortungsbereichen" Gesundheit, Erziehung und Altersfürsorge als unbezahlte und privatisierte Reproduktionsleistung verstärkt aufgenötigt.
Gleichzeitig mit der Demontage erkämpfter Sozialstandards, die natürlich auch aus einem staatlichen Befriedungsmotiv gegenüber „den Knechten und Mägden in der eigenen Burg" eingerichtet wurden, vollzieht sich eine innergesellschaftliche Militarisierung. Diese macht sich unter anderem an der Aufrüstung nicht nur staatlicher, sondern zunehmend auch privater „Sicherheits-" und Repressionsstrukturen fest. Diese Militarisierung im Innern spiegelt sich auch in einer Militarisierung nach außen wider (Out-of-Area-Einsätze, Anstreben eines BRD-Sitzes im UN-Sicherheitsrat) und dokumentiert den Anspruch der BRD auf eine neuerliche Weltmachtrolle. Diese Skizzierung gesellschaftlicher Entwicklungen in der BRD macht den Angriffscharakter der derzeitigen Handlungsschritte von Staat und Kapital deutlich. In dieser Situation befindet sich die (radikale) Linke vornehmlich in aufreibenden und kräftezehrenden Abwehrkämpfen, die visionären Konzepten wenig Raum lassen.

Aus der historischen Erfahrung heraus erwarten wir weder einen gesellschaftlichen/staatlichen Kollaps hier, noch eine durchsetzungsfähige trikontinentale Unterstützung von außen. Wir gehen nicht davon aus, daß die politischen und wirtschaftlichen Eliten von sich aus den Weg für eine egalitäre Gesellschaftsform freigeben, sondern es liegt allein an uns, eine widerständige, subversive und revolutionäre Initiative in den Metropo-

len zu entwickeln, um das derzeitige Kräfteverhältnis zu unseren Gunsten zu verschieben.
Alle, die versuchen, radikalemanzipatorische Inhalte in die Praxis umzusetzen, müssen sich bewußt sein, daß, falls solche Inhalte an Boden gewinnen und/oder wenn die oben beschriebenen Inegrationsinstrumentarien sich als unwirksam erweisen, der Staatsapparat auf eine Palette von repressiven, polizeilichen und notfalls auch militärischen Ressourcen zurückgreifen wird:
Dazu gehört das Diskreditieren, Delegitimieren und strafrechtliche Verfolgen von inhaltlichen Positionen, Aktionsformen und Organisierungsversuchen bis hin zur Zerschlagung linker/linksradikaler Strukturen. Diese Tatsache darf nicht die Absage an bestimmte Formen linksradikaler Politik bedeuten. Die Antwort kann nur in der richtigen Einschätzung der eigenen Fähigkeiten und in Vorkehrungsmaßnahmen gegenüber Repressionsschlägen liegen.

Für einen politischen Ansatz, der weiterhin die klassistischen, patriarchalen, rassistischen und imperialistischen Ausbeutungs- und Unterdrükkungsverhältnisse in den Metropolen angreifen und überwinden will, sind antagonistische Formen, Mittel und Methoden unabdingbar. Das bedeutet, daß militante und bewaffnete Praxen integrale Bestandteile einer revolutionären Politik sind. Wir unterstreichen die Aussage des Prozeßbüros, daß "die Frage doch nicht sein (kann), Militanz ja oder nein, sondern wann und wo." Unsere Fragen bezüglich Sinn und Zweck militanter und bewaffneter Politik stellen diese also nicht an sich zur Disposition, sondern beziehen sich auf die Art der Verknüpfung und Gewichtung von gemeinsamer inhaltlicher Diskussion, praktischer Umsetzung und Organisierungsversuchen. Demnach betrachten wir den Aufbau, die Festigung und Verbreiterung von militanten und/oder bewaffneten Strukturen im Rahmen eines 'Gegenmachtsprozesses' als eine Voraussetzung für die Erkämpfung von politischem Gestaltungsraum und die Möglichkeit der Errichtung einer egalitären Gesellschaftsform.
Die Aufnahme einer militanten und/oder bewaffneten Praxis resultiert also aus dem subjektiven und kollektiven Motiv, die HERRschenden Zustände von Grund auf umwälzen zu wollen. Um es auf den Punkt zu bringen: Es sind und bleiben die erfahrbaren und wahrnehmbaren HERRschenden Verhältnisse sowie die bewußte subjektive und kollektive Entscheidung gegen diese aufzustehen, die zur Umsetzung der Option von militanten und/oder bewaffneten Aktionsformen führt.

Ebenso wie Birgit gehen wir davon aus, daß auch in der Zukunft für den überwältigenden Teil der Menschen in den Metropolen fundamentaloppositionelle Politik, die auch die Lebensrealitäten der Menschen im Trikont zu berücksichtigen sucht, weder attraktiv noch Anleitung für das eigene Handeln sein wird. Wie weiter oben angedeutet, denken wir, daß sich 'Protest' in den Metropolen eher wohlstandschauvinistisch als radikalemanzipatorisch äußert bzw. äußern wird.
'Ausstrahlungskraft' ist auf andere gesellschaftliche Kreise nur zu erlangen, wenn wir unsere Vorstellungen real praktizieren. Dafür ist zunächst unser eigenes Spektrum zu aktivieren und politischer Gestaltungsraum zu erkämpfen und abzusichern. Wir werden hier jetzt mal eine provokante Variante ins Spiel bringen: Es gibt viele Formen von Separatismus, wir favorisieren an dieser Stelle einen dezidiert 'sozialrevolutionären Separatismus'. Uns geht es zunächst um die Organisierung der Menschen und Gruppen, die an einem radikalemanzipatorischen Ansatz ausdrücklich Interesse bekunden bzw. bei denen wir jenes vermuten. Es ist zuerst eine eigene Ausgangsbasis zu schaffen, von der aus losgegangen werden kann.
Um Mißverständnissen vorzubeugen, uns schwebt kein isoliertes und auf sich selbst bezogenes subkulturelles Milieu vor, das sich abschottet und unzugänglich ist. Wir befinden uns mit solch einer Argumentation zugegebenerweise in einer Zwickmühle, geben aber weder einen gesamtgesellschaftlichen Anspruch und schon gar nicht eine internationalistische Perspektive auf. Wir verbinden mit einem 'sozialrevolutionären Separatismus' vielmehr einen offensiven antagonistischen Gesellschaftsentwurf, der von einer Ausgangsbasis aus versucht, weitere gesellschaftliche Kreise zu radikalisieren und einzubinden. Nicht mehr und nicht weniger. Solch ein Projekt erscheint uns jedenfalls aussichtsreicher als der Versuch, die Gesamtbevölkerung der BRD in absehbarer Zeit für einen revolutionären Prozeß zu motivieren.

III. UNSERE POLITISCHEN ANSÄTZE:

In unserem ersten Text haben wir die inhaltliche, praktische und organisatorische Bestimmung unserer eigenen militanten Praxis skizziert. Die Eckpunkte wollen wir an dieser Stelle nochmals kurz zusammenfassen:

Auch wenn die Bedingungen für eine revolutionäre Veränderung nicht in Sicht sind, halten wir an unserer Zielvorstellung, der Entwicklung einer HERRschaftsfreien Gesellschaft durch die Revolutionierung der faktischen Ausbeutungs- und Unterdrükkungsverhältnisse, fest. Um einer universellen Umwälzungs- und Befreiungsperspektive entsprechen zu können, ist es nötig Bezugspunkte zu den gesellschaftlichen Konfliktlinien hier als auch im internationalen bzw. trikontinentalen Rahmen herzustellen. Unser Ansatzpunkt liegt daher in der Synthese von sozialer Revolution (triple-opression-Widerspruchslinien) und Antiimperialismus (Konfrontationsverhältnis der Metropolen gegen die trikontinentale Peripherie).
Um diesen inhaltlichen Vorstellungen entsprechend eine angemessene Praxis folgen lassen zu können, ist die Aneignung von vielfältigen Aktions- und Interventionsmöglichkeiten notwendig. Ihre Anwendung orientiert sich zum einen an den Kriterien der politischen und/oder technischen Wirkung, zum anderen an den gruppeneigenen Fähigkeiten, oberste Priorität hat dabei die eigene Sicherheit vor staatlicher Repression. Aus diesem Grunde treten wir bei Aktionen mit wechselnder Namensgebung nach außen.
Wir verstehen uns als militanter Zusammenhang, der über die Entwicklung und Beförderung von militanter

Theorie und Praxis einen engen Bezug zu den Themen und Aktivitäten anderer linker/linksradikaler Zusammenhänge sucht. Daher wählen wir unsere Interventionspunkte anhand der kampagnen- bzw. teilbereichskampforientierten Basisarbeit anderer linker/ linksradikaler Gruppen aus.
Wir denken, daß die Politik der radikalen Linken in einen organisatorischen Rahmen eingebettet werden muß, um eine größere Wirksamkeit zu erzielen. Diesem Prozeß sollten Überlegungen vorangestellt werden, wie die Beziehung der Widerstandsebenen Basis - militante Gruppen - Guerilla derzeit aussieht und ob und in welcher Form eine Vernetzung gewünscht bzw. für sinnvoll erachtet wird. Als militanter Zusammenhang unterstützen wir die Vorschläge zur Organisierung militanter Gruppen von RZ und AJZ. Durch die RAF-Initiative für den „Aufbau einer sozialen Gegenmacht von unten" hat sich für uns die Frage gestellt, wie Basisstrukturen, militante Zusammenhänge und Metropolenguerilla in einem noch zu gestaltenden Gegenmachtsprozeß miteinander in Verbindung stehen sollten.
Darüber hinaus suchen wir nach einer angemessenen Verfahrensweise für einen inhaltlichen Vernetzungsprozeß militanter Gruppen. Dieser Prozeß müßte eine Verständigung über relevante Themenstellungen, die Wahl adäquater Aktionsformen und die Klärung ihres Verhältnisses zu den anderen Widerstandsebenen beinhalten. Diejenigen, die Möglichkeiten dazu haben eine strukturelle Vernetzung zu vollziehen, sollten dieses Projekt angehen.

IV. MILITANTE/(BEWAFFNETE) POLITIK UND 'GEGENMACHT':

Vor dem Hintergrund, daß Birgit spezifische Aktionsformen der RAF (Pimental/ US-Airbase in Frankf./M.) im Rückblick richtigerweise als verheerend für die radikale Linke beurteilt, halten wir es für nicht nachvollziehbar, daß sie militante und bewaffnete Aktionsformen nicht differenziert und beiden im selben Atemzug jegliche Perspektive für eine materielle Veränderung der Verhältnisse abspricht.
Strukturell unterscheiden sich militante und bewaffnete Politik in der BRD in der Regel dahingehend, daß militante Gruppen aus der Legalität heraus in kleinerem Maßstab agieren, wohingegen bewaffnete Gruppen logistisch besser organisiert aus der Illegalität heraus operieren. Eine Kritik muß also entweder an den spezifischen Strukturen oder an der speziell durchgeführten Aktion vorgenommen werden. Eine grundsätzliche Diskreditierung der Aktionsvarianten von militanten und bewaffneten Zusammenhängen ist undifferenziert und kontraproduktiv für eine Neubestimmung antagonistischer Politik in der BRD.
Uns geht es um die Thematisierung und Organisierung von militanter und bewaffneter Politik im Rahmen eines Gegenmachtsprozesses. Die folgenden Punkte haben wir natürlich aus dem Blickwinkel eines militanten Zusammenhangs zusammengefaßt.

1. FUNKTION UND BESTIMMUNG VON MILITANTER POLITIK:

In diesem Abschnitt wollen wir auf Birgits Aussage eingehen, wonach militante und/oder bewaffnete Aktionsformen "angesichts der aktuellen Gesellschaftsrealität (...) keine konkret bestimmbare Funktion für tatsächliche Veränderungen haben."

Um ganz banal anzufangen: Eine militante Gruppe, wie wir sie verstehen, stellt einen Strukturteil einer linken/ linksradikalen Bewegung dar. Sie beteiligt sich am politischen Geschehen dieser Bewegung, um innerhalb dieses Rahmens mitzuwirken und die erarbeiteten Vorstellungen und Vorschläge inhaltlich, praktisch und organisatorisch umzusetzen und sie nach außen zu tragen. Solch eine Gruppe verlangt unserer Meinung nach gewisse Voraussetzungen (z.B. gruppeninterne Intensität und Kontinuität), um als Ort kollektiver Willensbildung und Entscheidungsprozesse Widerstand zu begründen. Dies macht die Qualität eines militanten Zusammenhangs aus.

Der Einsatz militanter/klandestiner Mittel dokumentiert die Möglichkeit des Eingriffs in die HERRschenden Verhältnisse. Militante Aktionen verlassen den gesetzlich vorgegebenen Raum politischer Ausdrucksformen und verdeutlichen somit den antagonistischen Charakter zur HERRschenden Gesellschaftsordnung. Die Umsetzung einer militanten Politik unterstützt politische Forderungen und im Idealfall werden diese eingelöst. Dies hat das K.O.M.I.T.E.E. in seiner Selbstauflösungserklärung[6] als Durchbrechen des "Kreislaufes der Linken von Glaubwürdigkeitsverlust nach außen und Mutlosigkeit und Anpassung nach innen" bezeichnet.

Militante Politik dokumentiert nicht nur die Interventionsfähigkeit, sondern ist zudem ein Solidaritätsausdruck in einer politischen Auseinandersetzung, der bewußt die als 'legal' definierte Ebene verläßt. Damit wird die Solidaritätsarbeit um die Methode der Militanz ergänzt. In diesem Kontext fungiert eine militante Praxis als Vehikel für linke/linksradikale Themenschwerpunkte. Militante Politik soll also eine politische und technische Wirkung erzielen. Wenn wir von einer zu erzielenden politischen Wirkung sprechen, dann geht es darum, daß innerhalb und außerhalb der Linken die aufgegriffenen Inhalte thematisiert werden und 'Öffentlichkeit' erlangen. Für eine politische Auseinandersetzung soll möglichst breit mobilisiert werden. Der Auseinandersetzung soll damit mehr Durchschlagskraft verliehen und eine weitergehende inhaltlich-praktische Ausrichtung gegeben werden. Dies macht dann vielleicht die 'avantgardistische' Intention von militanter Politik aus, nämlich in vielerlei Richtung Impulse setzen zu wollen. Wenn von der Erzielung einer technischen Wirkung die Rede ist, dann geht es um die Beeinträchtigung bzw. Zerstörung einer materiellen Infrastruktur (z.B. Abschiebemaschinerie). Militante Politik beurteilen wir demnach auch als wesentliches Mittel zur Erreichung von (Teil-)'Erfolgen' (Antifa-Aktionen gegen Nazistrukturen, Nolympics in Berlin, Wendland-Widerstand u.a.) und unter den gegebenen minoritären Bedingungen als ein Beitrag "für tatsächliche Veränderungen".

Existierende und aktive militante/klandestine Gruppen stellen für jene, die am Aufbau solcher Gruppen

[6] vgl. Interim Nr. 344

überlegen, eine wichtige 'Vorlage' dar, an der sie sich orientieren können, oder auch nicht. Auch wir sind über die Beschäftigung mit Inhalt und Praxis von militanten und bewaffneten Gruppen zu dem Entschluß gekommen, solch ein Projekt anzugehen und hoffen, daß über unser Beispiel ein Nachahmungseffekt einsetzt. Dabei ist nicht nur die bloße Existenz solcher Gruppen von Bedeutung, sondern auch deren praktizierte Aktionsformen in bestimmten Situationen. D.h. für uns, daß wir versuchen, uns einen 'Pool' von Eingriffsoptionen zu erarbeiten und anzulegen, damit wir situationsbedingt mehr als eine Variante zur Verfügung haben. Zudem besteht die Möglichkeit für einen 'graduellen' Einsatz militanter Mittel.

Wir wollen jetzt noch einige Sätze zur strukturbildenden und organisatorischen Funktion eines militanten Projektes und deren Politik sagen. Unsere Intention ist es, unseren militanten Beitrag in den Kontext einer linken/linksradikalen Basispolitik zu stellen, sie zu flankieren und zu unterstützen. Wir agieren auch deshalb kampagnen-/ teilbereichsorientiert, da unser logistisches Potential nicht ansatzweise ausreicht, weitere Themen in der Linken und darüber hinaus zu lancieren. Unsere Vorgehensweise ist nicht nur aus der Not geboren, sondern hat vielmehr einen entscheidenden politischen Grund. Wir beabsichtigen damit eine gegenseitige Bezugnahme und Wechselbeziehung zwischen militanter und Basispolitik. Mit dem Versuch, eine gegenseitige Bezugnahme zwischen verschiedenen Widerstandsebenen herzustellen, sehen wir die Möglichkeit der Organisierung eines Beziehungsgeflechtes zwischen Basisbewegungen, militanten Zusammenhängen und Metropolenguerilla.
Daß wir die Umsetzung einer militanten Politik weiter oben als einen Beitrag "für tatsächliche Veränderungen" bezeichnet haben, heißt nicht, daß wir diesen überschätzen. In einer bewegungsarmen Zeit ist nicht von sich kurzfristig bemerkbar machenden materiellen Veränderungen auszugehen. Unsere Priorität liegt vielmehr unter den gegebenen Umständen im Aufbau, der Festigung und Erweiterung der Struktur und Logistik von militanter Politik, also im stetigen Ausbau der eigenen Potentiale. Wenn wir von einer strukturbildenden und logistikerweiternden Funktion von militanter Politik sprechen, so begreifen wir diese perspektivisch als ein Element und Stadium einer zu entwickelnden umfassenden politischen Strategie.

Birgit verweist auf die Erfahrung, die sie aus den Kämpfen militanter und bewaffneter Gruppen zieht, "daß aus solchen Kämpfen keine Massenmobilisierung und in der Regel sogar überhaupt keine Mobilisierung entsteht". Birgit führt mit diesen Äußerungen implizit einen Bewertungsmaßstab - nämlich den des 'Erfolges' (Massenmobilisierung, tatächliche Veränderungen) - für linke/ linksradikale Politik ein, den wir in der Form ablehnen. Zum einen wird hier der politische Faktor, den militante und bewaffnete Politik darstellt, negiert. Zum anderen spricht Mann/Frau mit dieser Argumentation militanten und bewaffneten Widerstandspraxen für die Gegenwart und Zukunft jedwede Legitimation ab. Was bleibt, ist, diesen Widerstand lediglich für einen vergangenen Zeitraum gelten zu lassen - wenn überhaupt. Leuten, die aktuell an der Organisierung von militantem und/oder bewaffnetem Widerstand arbeiten, wird damit ein stückweit der Boden entzogen. Wir messen unsere militante Politik nicht nur an deren Übereinstimmung mit unserem Ziel des Aufbaus einer 'sozialen Gegenmacht von unten' bzw. einer egalitären Gesellschaft, sondern auch an dem, was ohne Fundamentalopposition durchgesetzt worden wäre.
Birgit stellt uns mit ihrem implizit eingeführten Kriterium des 'Erfolges' vor eine absurde Alternative: Entweder wir schaffen mit unserer Politik „tatsächliche Veränderungen", ändern das gesellschaftliche Gefüge, oder wir packen sang- und klanglos ein. Wenn wir als radikale Linke diesen Maßstab akzeptieren würden, müßten - konsequent zu Ende gedacht - alle linken/ linksradikalen Politikformen, in welchem Bereich auch immer, wegen 'Erfolglosigkeit' und mangelnder materieller Veränderungen, eingestellt werden. Das kann 's wohl nicht sein !

2. FRAGEN UND GEDANKEN ZU EINEM 'GEGENMACHTSPROZEẞ':

Zum Abschluß dieses Abschnittes und Textes wollen wir einige Fragestellungen und Gedanken, die sich bei unseren Diskussionen im Zusammenhang mit einer möglichen Entwicklung eines Gegenmachtsprozesses ergeben haben, einbringen:
Die folgenden Ausführungen sind unfertig, dennoch haben wir uns entschlossen, die Richtung unserer bisherigen Überlegungen hier zu veröffentlichen. Auch deshalb, um deutlich zu machen, daß wir eine Diskussion um den Aufbau von 'Gegenmacht' fortführen müssen. Birgit hat offenbar mit diesem Projekt nichts mehr am Hut, und auch in den RAF-Stellungnahmen ist ein Bezug zu ihrem Vorschlag des Aufbaus von 'Gegenmacht' nicht explizit erkennbar. In ihrer Stellungnahme vom 9.12.96 lesen wir, daß "das RAF-Konzept überholt (ist)", und daß "es auch keine modifizierte Neuauflage des Alten geben (kann)". Zudem drückt die RAF aus, daß sie "mit dem, was seit Anfang der 90er bis in die jüngsten Tage dabei herauskam (mit der Rücknahme der Eskalation/ 'Gegenmachtsinitiative', Anm. d. Verf.), weder glücklich noch zufrieden sind". Diese Aussagen lassen einen recht großen Interpretationsspielraum zu. Ist daraus zu schließen, daß die RAF generell ihr Modell einer Stadtguerillastruktur auch innerhalb eines Gegenmachtsansatzes ('Guerilla als Waffe der sozialen Bewegung') als überholt ansieht und sich künftig lediglich darauf beschränkt, illegale Strukturen bereitzuhalten? Ihre beiden letzten Stellungnahmen sind auch so zu interpretieren, daß sie von ihrem 'Gegenmachtsvorschlag' etwas Abstand genommen haben. Wir wollen das alles nicht überbewerten. Vielmehr geht es uns darum zu verhindern, daß der Versuch des Aufbaus von 'Gegenmacht' allmählich und leise im Sande verläuft und voreilig als gescheitert beurteilt wird.

Mit den folgenden Zeilen kommen wir über eine Proklamation nicht hinaus: Ein inhaltliches, praktisches und organisatorisches Beziehungsgeflecht von verschiedenen Widerstandsebenen muß geknüpft werden, wenn es

um eine relevante linke Kraft gehen soll, die materiell verändert. Wir denken aber, daß dazu eine Form gefunden werden muß, wie Basisaktivitäten, militante Praxen und die Politik einer Guerillastruktur zusammenkommen können. Ein bloßes nebeneinander von Widerstandsformen reicht da nicht aus.

Da Gedanken um die Verknüpfung von unterschiedlichen politischen Kampfformen erst einmal nichts Neues sind, finden wir es für uns wichtig, frühere Konzepte und die dortigen Überlegungen (Stadtguerilla-Konzept, Front-Konzept) hinsichtlich der Entwicklung und Vernetzung von Widerstandsebenen aufzubereiten bevor wir ausführlicher Vorschläge für die Ausgestaltung eines Gegenmachtsprozesses vorbringen. Spannend ist auch die Frage, inwieweit verschiedene Guerillakonzeptionen (z.B. Che's Focus-Theorie, Maos Guerillatheorie oder Ho Tschi Minhs Vorstellungen eines Befreiungskampfes) Einfluß auf metropolitane Gruppen ausgeübt haben und welcher heute noch besteht. Die Frage ist also, ob die theoretischen und praktischen Ansätze von Befreiung der 60er und 70er Jahre für unsere heutige metropolitane Realität eher einen historischen Ballast oder aber einen zeitlich- und situationsunabhängigen Gebrauchswert haben.

Wenn wir von verschiedenen Widerstandskomponenten sprechen, ist es zunächst einmal interessant zu fragen, welche Formen bspw. Basispolitik beinhalten kann. Dazu müßte eine genauere Darstellung von punktuellen kampagnenmäßigen Basisinitiativen, Teilbereichsbewegungen und Bewegungen mit einem universellen Anspruch gemacht werden, um zu ermitteln, welche Aufgaben und Wirkungen die einzelnen Teilebenen von Basispolitik hatten, haben und haben könnten. Ähnlich könnte Mann/Frau die Ebene des militanten Widerstands (kampagnen-orientierte, teilbereichskampfbezogene militante Gruppen, massenmilitante Aktionen) und Guerillastrukturen ('Guerilla als Waffe der sozialen Bewegung', oder Guerilla als metropolitane Unterstützerin von Trikontavantgarden) auffächern.

Erst wenn wir uns die verschiedenen miteinander in Beziehung zu bringenden Widerstandsebenen eines Gegenmachtsprozesses vergegenwrtigen, können wir uns einer Klärung der inhaltlichen, praktischen und organisatorischen Ausrichtung eines solchen Gegenmachtsprojektes annähern.
Das Problem fängt schon bei dem Begriff 'Gegenmacht' an. Dieser ist in der bisherigen Diskussion seit April '92 inhaltlich nicht ausreichend bestimmt. Inhaltliche Essentials müßten in einer neu entfachten Diskussion vorgeschlagen und festgelegt werden. So eine Art 'Gegenmachtsmanifest' müßte von irgendeinem Zusammenhang formuliert und zur Debatte gestellt werden. Grundsätzliche Fragen stehen hierbei im Raum: Wer/welche entfacht die Diskussion von Neuem und wer/welche formuliert Essentials vor dem Hintergrund des bisher Diskutierten? Wie ist ein Diskussionsraum zu schaffen, der verschiedenste gesellschaftliche Bereiche einbindet? Ist überhaupt eine verbindliche Debatte führbar?
Darüber hinaus stehen wir vor der Problematik, daß einerseits eine gesellschaftliche Breite vorgesehen ist, andererseits hinter inhaltlichen Positionen wie dem triple-oppression-Ansatz und einer internationalistischen Perspektive unseres Erachtens nicht zurückgefallen werden sollte. Diese beiden inhaltlichen Grundsätze sind innerhalb wesentlicher Teile der radikalen Linken (hoffentlich) Konsens, nicht aber über diesen politischen Rahmen hinaus bzw. in der 'Bevölkerung'.

Noch deutlicher als bei zu erarbeitenden inhaltlichen Positionen dürfte sich die Problematik der Verständigung bei der Anwendung von Aktionsformen und -mitteln zeigen. Ein 'Gegenmachtsprozeß' beinhaltet für uns, eine breite Palette von Interventionstypen zur Verfügung zu haben. Dies schließt für uns militante und bewaffnete Widerstandsmethoden mit ein. Das würde heißen, daß die Anwendung einer Vielzahl von Aktionsformen und -mittel von allen an einem 'Gegenmachtsprozeß' Beteiligten akzeptiert oder zumindest toleriert werden müßte. Würden wir auf der inhaltlichen oder praktischen Seite wesentliche Abstriche machen, würden wir dem Projekt 'Gegenmacht' ziemlich schnell die Zähne ziehen und es auf ein reines Reformwerk zurückstutzen.

Was den organisatorischen Rahmen angeht, müßte zunächst einmal geklärt werden, welche Verbindungen der Widerstandsebenen sinnvoll und notwendig sind und welche nicht. Wenn diese grundsätzliche Hürde genommen werden sollte, schließt sich die Frage an, wie eine inhaltliche und - noch viel entscheidender - eine strukturelle Vernetzung hinzubekommen ist, damit von einer materiellen Organisierung gesprochen werden kann? Eine inhaltliche Verbundenheit könnte sich bspw. in der Form ausdrücken, daß die Gruppen, Initiativen usw., die sich an einem 'Gegenmachtsprojekt' beteiligen wollen, unter dem Zusatz Gruppe X 'Für den Aufbau einer sozialen Gegenmacht von unten' firmieren. Wie gesagt, damit ist noch lange keine strukturelle Vernetzung gegeben, aber zumindest würden sich Personengruppen erkennbar in den Rahmen eines vorgeschlagenen Projektes stellen, das in seiner ersten Phase über diesen Weg an Breite und Konkretion gewinnen könnte. Der Ablauf hin zu einer tatsächlichen Organisierung ist nur schwer vorstellbar. Einerseits müßte, wenn Mann/Frau an solch einem Punkt jemals angelangt sein sollte, eine weitgehende Verständigung über viele Grundsatzfragen unter den Gegenmachtsbeteiligten erfolgt sein, andererseits ist kaum zu erwarten, daß der Staatsapparat seelenruhig seine eigene Unterminierung und letztliche Abschaffung abwartet.
Die organisatorische Position und Stellung der Guerilla bzw. des bewaffneten Kampfes in einem genauer zu erarbeitenden 'Gegenmachtsmodell' ist von besonderer Bedeutung. Was als Erfahrung aus dem 'Front-Konzept' hängen geblieben sein sollte ist, daß sich die Widerstandsbewegungen und die militanten Zusammenhänge nicht einfach entlang der Guerilla formieren können, sondern versuchen müssen, einen eigenständigen Faktor darzustellen und eine eigene Subjektivität zu erlangen. Es ist aber zu simpel, die Entwicklung, die der 'Front-Prozeß' angenommen hatte schlicht umkehren zu wollen nach dem Motto, daß sich jetzt alles an den Bewegungstendenzen zu

orientieren hat. Neben der Frage nach der Funktion der Guerilla im Verhältnis zu militanten Zusammenhängen und Basisbewegungen, schließt sich auch die Frage an, ob der bewaffnete Kampf an sich schon 'Strategie' ist, oder eine unter mehreren Methoden des Kampfes.

Auch wenn Mann/Frau einen 'Gegenmachtsprozeß' nur oberflächlich und gedanklich durchspielt, türmen sich vielerlei Fragen auf, die mehr Skepsis als Realisierungschancen aufkommen lassen. Vielleicht weicht die Skepsis unter uns, wenn wir uns intensiver mit einem möglichen Verfahren der Entwicklung von 'Gegenmacht' befassen!?
Wie wir als einzelner militanter Zusammenhang im Rahmen des Aufbaus einer 'Gegenmacht' wirken könnten, ist uns selbst noch nicht so ganz klar. Wir werden jedenfalls an unserem ersten Text anknüpfen und uns weiterhin um eine inhaltliche und strukturelle Vernetzung von militanten Gruppen vor dem Hintergrund eines zu entwickelnden 'Gegenmachtprozesses' bemühen.

Da die Diskussion um die Entwicklung eines Gegenmachtsprozesses eine strategische ist, ist zu fragen, ob angesichts unserer desolaten Situation große konzeptionelle Entwürfe anzustellen sind, die auf Organisierungsmöglichkeiten eines revolutionären Prozesses ("sozialrevolutionärer Separatismus") abheben. Sollten wir uns nicht viel eher auf die aktuell notwendigen Abwehrkämpfe und deren Gestaltung einrichten, bevor wir versuchen Revolutionsprojekte vorzubereiten? Wir denken aber auch, daß der zu führende Abwehrkampf immer auch ein perspektivischer, also visionärer sein muß, wenn wir uns nicht ausschließlich an der Negation orientieren wollen. Politische Zielvorstellungen und Erwartungshaltungen müssen in unserer Politik kenntlich werden. Zu einer Strategiediskussion gehört immer ein 'aufbauendes Moment'.

Wenn es um die Entwicklung eines perspektivischen Prozesses wie dem des 'Aufbaus einer sozialen Gegenmacht' geht, dann jonglieren wir fast selbstverständlich mit Begriffen wie 'Widerstand', 'Subversion' und 'Revolution' ohne eine genaue Vorstellung von diesen zu haben. Eine Begriffsbestimmung gerade auch in Abgrenzung zu reformerischen Positionen halten wir für notwendig.
Der Begriff 'Widerstand' ist wohl ohne viel Erklärungen am deutlichsten. Damit lassen sich allgemein vielfältige, manifest werdende Protestformen gegen HERRschende Ausbeutungs- und Unterdrückungsstrukturen bezeichnen.
Mit 'Subversion' ist eine Form von Dissidenz im Alltag, eine Unterminierung der HERRschenden Selbstverständlichkeiten und der Kampf um die 'kulturelle Hegemonie' gemeint. Es geht um die allmähliche Erkämpfung und den allmählichen Ausbau politischer Gestaltungsräume und radikalemanzipatorischer Strukturen, die Formen einer egalitären Gesellschaft nicht nur erblicken, sondern konkret werden lassen.
Der Begriff 'Revolution' ist vermutlich nur auf den ersten Blick der klarste. Wir haben kein Interesse daran, weiter einer mystischen Revolutionsvorstellung aufzusitzen, die nach dem fundamentalen Bruch mit dem HERRschenden System, eine Epoche paradiesischer Zustände phantasiert. Schon seit Jahren wird der Begriff 'Revolution' als parareligiöse Vorstellung einer von Männern getragenen Entwicklung kritisiert, aus der Frauen und *people of colour* häufig keinen Platz haben und herausfallen.
Allen linearen Revolutionsmodellen, die schnurstracks in einen fixen Zustand der Völlerei münden, können wir nur eine Absage erteilen. Ein Geschichtsverständnis, daß auf eine stringente Linie von 'vorrevolutionärer Phase', 'Hochzeit der Bewegung', 'auf des Messers Schneide stehende Situation' und den Umschlagspunkt zum eigentlichen 'revolutionären Akt' zugeschnitten ist, simplifiziert gesellschaftliche Umwälzungsprozesse. Gegenläufige Tendenzen, Widersprüche und Brüche innerhalb solch eines Ablaufschemas bleiben ausgespart. Das widersprüchlich Prozeßhafte geht mit solch einer Interpretation verloren und alles ist auf den 'Tag X' fixiert. Wir lehnen den Begriff 'Revolution' keineswegs ab, betonen aber das Permanente, Unabgeschlossene eines solchen Prozesses und legen darauf wert, daß 'Revolution' weiter reicht als bis zum Sturz der HERRschenden Eliten. Die Revolution ist also nach dem Umsturz fortzusetzen, etwaigen bürokratischen Tendenzen und lediglich modifizierten Machtstrukturen ist von Beginn an zu begegnen. Ein Revolutionsprozeß ist nicht zeitlich definiert, sondern inhaltlich. Ein 'Gegenmachtsprozeß' ist vor und nach dem Umsturz unaufhörlich widerständig, subversiv und (kultur-) revolutionär.

In diesem Zusammenhang ist zustimmend an Birgits Skepsis gegenüber Befreiungskriegen anzuknüpfen, wonach das Denken und Fühlen der an Befreiungskriegen Beteiligten "keineswegs bloß in einer positiven Richtung" geprägt wird. "Auch da stumpfen die Menschen ab und verrohen und gerade während langer Kriegsperioden werden Verhaltens- und v.a. Konfliktlösungsmuster eingeübt, die mit dem ursprünglichen Gesellschaftsutopien öft nur wenig oder gar nichts zu tun haben". Eine genaue radikalemanzipatorische inhaltliche Begriffsbestimmung von 'Widerstand', 'Subversion' und 'Revolution', die sich auch in der Praxis niederschlägt, kann helfen, Pervertierungen von Befreiungsprozessen zu verhindern.

Februar 1997

Wer eine Veränderung der Verhältnisse für unmöglich erklärt, trägt dazu bei, sie unmöglich zu machen.
(Simone de Beauvoir)

FÜR EINE SOZIALREVOLUTIONÄRE UND ANTIIMPERIALISTISCHE BEFREIUNGS-PERSPEKTIVE!!



Inhaftiert aufgrund eines Auslieferungsantrags der BRD

Sofortige Freilassung von Róisín McAliskey



Aufgrund eines Auslieferungsantrags der BRD wird Róisín McAliskey, die im fünften Monat schwanger und inzwischen aufgrund der fortgesetzten Inhaftierung schwer krank ist, weiterhin in Auslieferungshaft festgehalten. Auch die BRD-Behörden haben eine Freilassung auf Kaution bisher verhindert. Róisín muß dringend freigelassen werden, um eine angemessene medizinische Versorgung zu gewährleisten.

Festnahme

Die 25jährige Róisín McAliskey ist die Tochter der auch in der BRD bekannten Schriftstellerin und Bürgerrechtlerin Bernadette McAliskey, die sich in einer persönlichen Erklärung zu den Vorfällen äußerte (s. Kasten). Róisín selbst ist Absolventin der Belfaster Universität und in Community-Gruppen aktiv.

Róisín, die im fünften Monat schwanger ist, wurde am 20. November 1996 in ihrem Haus von der nordirischen Polizei RUC (Royal Ulster Constabulary) festgenommen und in das Verhörzentrum Castlereagh in Belfast gebracht. Dort wurde sie z.T. 15 Stunden am Tag verhört, ihr wurde der Schlaf entzogen, und sowohl dem Hausarzt als auch Familienangehörigen wurde der Zutritt verweigert. Nach sechstägigem Verhör wurde keine Anschuldigung gegen sie erhoben.

Auslieferungshaft

Aufgrund eines Auslieferungsantrages der BRD-Behörden wurde Róisín am 26. November nach London geflogen und in Auslieferungshaft genommen, ohne daß ihre Familie oder ihre AnwältInnen davon unterrichtet wurden. Ein Polizeiarzt zeigte sich über ihre gesundheitliche Situation besorgt und sagte, daß sie in eine Entbindungsstation verlegt werden solle. Trotzdem wurde sie in den Londoner Frauenknast Holloway gesperrt, wo sie in Isolationshaft saß, ununterbrochen künstlichem Licht ausgesetzt war und benötigte Medikamente nur mit Verzögerung erhielt.

Erst über eine Woche nach der ursprünglichen Festnahme konnten Familienangehörige sie hier das erste Mal besuchen, mitgebrachtes frisches Obst wurde ihr allerdings nicht gestattet. Zudem wurden ihr die dringend notwendigen vorgeburtlichen Untersuchungen weiterhin verweigert.

Ohne Benachrichtigung ihrer Angehörigen oder ihrer Anwältin wurde Róisín McAliskey am 30. November in den Männerknast Belmarsh verlegt, in dem es keinerlei Einrichtungen für gefangene Frauen gibt. Hier wurde sie 24 Stunden am Tag in einer verdreckten Zelle ohne Heizung eingesperrt und erhielt z.T. einen ganzen Tag lang nichts zu essen. Als sie am 3. Dezember unter schweren Magenkrämpfen litt und den Notschalter in ihrer Zelle betätigte, dauerte es über eine Stunde, bis überhaupt jemand kam. Ein Gefängnisarzt stellte fest, daß sie über keine weiteren Nahrungsreserven für die Schwangerschaft verfügt. Er forderte eine ununterbrochene medizinische Überwachung sowie weitere medizinische Untersuchungen.

Zwar ist Róisín seitdem wieder im Frauenknast Holloway, doch hat sich ihr Gesundheitszustand weiter verschlechtert. Ein ärztliches Gutachten spricht von einem Zustand „fortgeschrittener Aushungerung". Die dringend nötige medizinische Versorgung wird ihr weiterhin verweigert. Sie leidet unter streßbedingtem Asthma und verliert zunehmend an Gewicht. Róisín ist weiterhin in Isolationshaft, wird auf dem Weg zum Gericht nackt durchsucht und hat keinen Zugang zu Tageslicht.

Die Rolle der BRD-Behörden

Anträge auf Freilassung auf Kaution wurden bei den bisherigen Haftprüfungen abgelehnt. Auch die BRD-Behörden, deren Auslieferungsantrag die Grundlage für Róisíns Inhaftierung bildet, stimmten hierbei gegen eine solche Freilassung.

Der Auslieferungsantrag steht offensichtlich in Zusammenhang mit einem Angriff der IRA auf einen britischen Militärstützpunkt in Osnabrück vom Juni 1996. Auch für den im Süden Irlands festgenommenen Jim Corry haben die BRD-Behörden einen Auslieferungsantrag gestellt. In keinem Fall haben sie bisher irgendwelche Papiere vorgelegt, die Auskunft über die Art der Anschuldigung geben.

Róisín McAliskey muß sofort freigelassen werden, da im Knast sowohl die Schwangerschaft als auch ihre Gesundheit gefährdet ist. Dies haben mehrere ärztliche Untersuchungen, u.a. auch durch Polizei- und Gefängnisärzte, bestätigt.

Wir fordern alle Gruppen und Einzelpersonen auf, entsprechende Briefe an die deutsche Botschaft in London zu schreiben oder zu faxen.

Redaktion „Spirit of Resistance"

Briefe/Faxe an:
Jürgen Oesterhelt
Embassy of the Federal Republic of Germany
23 Belgrave Square, London N7 0NU, England
Fax: 00 44-171-8 24 14 35

Nachtrag:
Am Dienstag, den 17.12., fand vor dem deutschen Botschaft in Dublin eine Kundgebung der „Róisín McAliskey Justice Group" mit 100 TeilnehmerInnen statt.





Tri-lingual support for Roisín McAliskey at a recent court picket in London

On Wednesday 12 February members of the Roisín McAliskey Justice Campaign occupied the German Institute on Merrion Square, Dublin to demand that Germany stop opposing bail.

The Director of the Institute met the protestors and expressed sympathy for Roisín's case. The German Ambassador was visiting the building and said that he appreciated the peaceful nature of the protest and would be contacting Bonn regarding the case.

A spokesperson for the campaign, Cepta Hopkins, told *An Phoblacht*: "Two governments — the Germans and the British — share the shame for Roisín's treatment. It must be stopped."



Wir haben am 25. Februar 1997 in die Oberleitungen der Bahnstrecken Berlin - Dresden, Berlin - Leipzig und Berlin - Magdeburg Wurfanker gehängt und für hoffentlich viele Stunden den Zugverkehr lahmgelegt.

AUTONOME GRUPPEN

wir haben in der nacht vom 24.2. auf den 25.2. 97 die ICE strecke von und nach magdeburg bei potsdamm wildpark blockiert, damit auch die bundesbahn endlich kapiert, daß der castortransport nicht nur ein gefährliches sondern auch teures unterfangen ist.

sofortige stillegung aller atomanlagen

autonome gruppe

Heute morgen wurden von uns an der Bahnstrecke Hamburg-Lübeck zwischen Rahlstedt und Ahrensburg in beiden Fahrtrichtungen mehrere Achszählgerät der Deutschen Bahn zerstört.

Revolutionäre Gruppe Wasserkante, Hamburg 27.2.97

Information für die Reisenden

DB

Sehr geehrte Reisende,

Oberleitungsschäden durch Anschläge haben in den vergangenen Tagen bundesweit zu Behinderungen im Fern- und Nahverkehr geführt.
Die Deutsche Bahn AG verurteilt diese Akte gewalttätiger Auseinandersetzungen und bedauert die daraus entstandenen Verspätungen im Reiseverkehr.

Hintergrund dieser Anschläge ist der geplante Castor-Transport mit Atommüll in das Zwischenlager Gorleben. Die Deutsche Bahn AG hat diese Transporte übernommen, nicht aus wirtschaftlichen Gründen, sondern weil der Transport auf der Schiene der sicherste Weg ist. Im übrigen gibt es keine unmittelbare Gefährdung für die Reisenden.

Wir tun alles in unseren Kräften stehende, um Ihre Sicherheit zu gewährleisten. Wir arbeiten eng mit den Sicherheitsbehörden zusammen und gehen gemeinsam jedem Hinweis nach. Auch für Ihre Unterstützung bedanken wir uns.
Wir bedauern, wenn Sie durch die Anschläge verspätet an ihrem Reiseziel ankommen oder andere Unannehmlichkeiten hinnehmen müssen.



Ihre Deutsche Bahn AG



Heraus zum revolutionären 1. Mai in Berlin !

Der 1. Mai steht vor der Tür! Klare Sache, auch dieses Jahr wieder diesen Tag zu nutzen, um linksradikale revolutionäre Ansätze in ihrer ganzen Breite auf die Straße zu tragen und für die Umwälzung der bestehenden kapitalistischen, rassistischen und patriarchalen Verhältnisse zu demonstrieren.
Es laufen bereits die ersten Vorbereitungen für einen revolutionären 1. Mai in Berlin:
Ein Straßenfest im Prenzlauer Berg, ein Konzert am Abend in Kreuzberg, die Verhinderung eines möglichen Nazi-Aufmarsches und selbstverständlich eine revolutionäre Demo.
Eine erste Demo-VV, auf der alle Gruppen ihre Überlegungen vorstellten, hat bereits stattgefunden. Allerdings stellte sich recht schnell heraus, daß es auch dieses Jahr in Berlin wieder zwei revolutionäre Demos geben wird. Eine ab Oranienplatz, eine ab Rosa-Luxemburg-Platz. Gründe sind die altbekannten und sollen hier nicht nochmals wiedergekäut werden (siehe dazu auch Interim Nr. 404, S.16f. und Nr. 370, S.14f.). Wichtig und anstrebenswert erschien den meisten der dort Anwesenden jedoch, an diesem linken Kampftag nicht die Unterschiede der beiden Demos herauszustellen, sondern sich stattdessen positiv aufeinander zu beziehen.Vorschläge hierfür waren: Koordinierung mit der jeweils anderen Demo, gemeinsames Motto, keine Schlammschlachten wie teilweise im letzten Jahr.
Bisher gab es für die Demo ab Rosa-Luxemburg-Platz ein Vorbereitungstreffen. Schwerpunkt bildete die Diskussion um einen positiven Bezug zur O-Platz-Demo, für den sich fast alle Gruppen nochmals aussprachen; denn als revolutionäre Linke können wir - angesichts unserer relativen gesellschaftlichen Bedeutungslosigkeit- nur dadurch Sympathien und Ausstrahlungskraft gewinnen, daß wir nicht unsere Zersplitterung und Abgrenzung untereinander zur Schau stellen, sondern die entscheidende Gemeinsamkeit des Kampfes um eine revolutionäre Veränderung vermitteln. Wie dieser Bezug dann praktisch genau aussehen soll, wurde jedoch noch nicht abschließend diskutiert.
Geplant ist bisher, ähnlich wie 1996, eine breite Bündnis-Demo unter einem gemeinsamen revolutionären Motto. Unterschiedliche politische Ansätze sollen sich auf der Demo in verschiedenen Blöcken artikulieren können. Es existieren bereits Überlegungen zu folgenden Blöcken: Antifa.-, undogmatischer- und Häuserblock...
Ab dem nächsten Treffen für die Demo vom Rosa-Luxemburg-Platz aus, zu dem wir hiermit nochmals alle linksradikalen Gruppen einladen, soll mit der konkreten Vorbereitung begonnen werden: Aufteilung in Ags, Besprechen eines gemeinsamen Aufrufs und des Mottos, Route...

Beteiligt Euch am rev. 1.Mai in Berlin und kommt zum nächsten Vorbereitungstreffen für die Demo ab RL-Platz am Sonntag, den 9. März um 19.00 Uhr im Nachladen (Waldemarstr. 36 in Kreuzberg) !

Zusammen kämpfen- für eine revolutionäre Perspektive!

Antifaschistische Aktion Berlin
c/o Nachladen
Waldemarstr. 36, 10999 Berlin

Rote Hilfe e.V.

Der 18. März wird 1997 zum zweiten mal zum bundesweiten Aktionstag, diesmal unter dem Motto "Solidarität und Widerstand gegen staatliche Unterdrückung". Dieser Aktionstag soll insbesondere dazu dienen, sich international für politischen Gefangenen einzusetzen. Wie wichtig ein solcher Tag ist, zeigen allein die Kämpfe der politischen Gefangenen, die im letzten Jahr ins Blickfeld der Weltöffentlichkeit geraten sind: Der Hungerstreik politischer Gefangener in der Türkei, die Botschaftsbesetzung in Peru und der Hungerstreik von baskischen politischen Gefangenen.

Die Rote Hilfe e. V. veranstaltet aus Anlaß des 18. März in neun Städten eine bundesweite Veranstaltungsreihe mit einer Vertreterin der baskischen Gefangenenhilfsorganisation "Gestoras pro Amnestia" und einem ehemaligen baskischen politischen Gefangenen, um Öffentlichkeit und Solidarität für die politischen Gefangenen zu schaffen.

Die Lage der baskischen politischen Gefangenen

In Spanien und Frankreich gibt es zur Zeit ca. 550 baskische politische Gefangene. 1987 wurden die Gefangenen, die bis dahin in großen Gruppen zusammen inhaftiert waren, in über 100 Knäste in Einzelisolation gesteckt. Die Gefängnisse liegen in der Regel weit von den Lebensorten der Gefangenen im Baskenland entfernt: Auf den über 3.000 Kilometer entfernten Kanarischen Inseln und in den nordafrikanischen Kolonien Ceuta und Melilla sitzen mehr baskische politische Gefangene als im Baskenland ein. Angehörige und FreundInnen müssen also bis zu 6.000 Kilometer für einen Besuch reisen, der dann nicht länger als 20 Minuten dauert.

Viele politische Gefangene sind durch die lange Isolationshaft schwer, teilweise unheilbar krank. Die Entlassung, die haftunfähigen Gefangenen nach dem spanischen Strafvollzugsgesetz zusteht, wird von dem Sondergericht für politische Verfahren (Audiencia Nacional) mit der Bedingung verknüpft, daß die Gefangenen öffentlich ihrer politischen Gesinnung abschwören sollen. Dies gilt ebenso für die Gefangenen, die nach dem spanischen Recht nach ¾ ihrer Haftzeit auf Bewährung freikommen müßten. Schon neun baskische politische Gefangene sind durch medizinische Unterversorgung im Gefängnis gestorben. Wenn Gefangene zu Untersuchungen oder Operationen in öffentliche Krankenhäuser überführt werden, bleiben sie mit Armen und Beine an Tragen gefesselt. Selbst gynäkologische Untersuchungen finden nur unter Überwachung von Mitgliedern der Guardia Civil statt. Die Gefangenen werden regelmäßig, insbesondere bei Überführungen, von Gefängniswärtern und der Guardia Civil mißhandelt und gefoltert.

Hungerstreik

Seit September 1996 befinden sich die politischen Gefangenen in einer Hungerstreikkette. Sie fordern die Zusammenlegung der Gefangenen im Baskenland, die Anerkennung als politische Gefangene, die Freilassung der Haftunfähigen und die Freilassung der Gefangenen, die bereits ¾ ihrer Haftstrafe abgesessen haben. Der Hungerstreik soll auch dazu dienen, elementare Menschenrechte durchzusetzen: Das Recht auf freie Verteidigung, auf Lernmöglichkeiten, auf Information und auf physische und psychische Unversehrtheit. Der Hungerstreik und die Forderungen der Gefangenen wurde von zahlreichen öffentlichen Aktionen begleitet. Seit Dezember 1995 beteiligen sich Angehörige oder Mitglieder von politischen und gesellschaftlichen Gruppen wechselnd an einen Solidaritätshungerstreik. Im Oktober gingen parallel in neun europäischen Städten Angehörige der politischen Gefangenen ebenfalls in einen Solidaritätshungerstreik; allein in Berlin beteiligten sich rund 100 Angehörige an dieser Aktion. Im November beteiligten sich über 50.000 Personen an einer Solidaritätsdemonstration in Donosti (San Sebastian).

Solidarität mit den baskischen politischen Gefangenen

Folter in Spanien

Folter ist in Spanien kein Einzelfall, sondern wird systematisch gegen politisch Verfolgte eingesetzt. Vor allem bei Festnahmen und in der Untersuchungshaft, der sogenannten "incomunicado-Haft", wird Folter eingesetzt. Personen, die mit politischem Hintergrund verhaftet werden, werden bis zu 5 Tage in "incomunicado-Haft" gehalten. In dieser Zeit sind sie völlig isoliert, sie haben nicht das Recht auf Kontakt zu einem/r AnwältIn oder zu ihren Angehörigen. Während der "incomunicado-Haft" foltern und mißhandeln die Guardia Civil und andere Polizeikräfte die Festgenommen, um Aussagen zu erzwingen. Die Methoden reichen von Fußtritten, Schlägen mit Gegenständen, Überstülpen von Plastiktüten bis die Gefolterten fast ersticken, Elektroschocks, sexuellem Mißbrauch bis hin zur Verabreichung von halluzinogenen Drogen und Scheinexekutionen.

RechtsanwältInnen, internationale Menschenrechtsgruppen, wie *amnesty international*, aber auch die VertreterInnen der UN-Menschenrechtskommission prangern seit Jahren die Bedingungen der politischen Gefangenen an. Doch trotz internationaler Proteste setzt der spanische Staat die Maßmahmen gegen die politischen Gefangenen und die Folter weiter fort. Dies geschieht mit offener Rückendeckung der EU-Staaten, die Spanien dabei unterstützen.

Internationale Kooperation

Die Veränderungen der Haftbedingungen wurden durchgesetzt, nachdem Spanien in den 80er Jahren seinen Beitritt zur damaligen EU und der NATO vorbereitete. Auf Druck internationaler Gremien, wie der TREVI-Konferenz, hatte der spanische Staat daraufhin die Gefangenenkollektive zerschlagen und setzte ebenfalls die Isolationshaft durch, wie sie in den anderen EU-Staat-en seit den 70er Jahren praktiziert wird. Die Bedingungen der politischen Gefangenen sind also auf das engste mit der internationalen Verflechtung im Bereich der Inneren Sicherheit verbunden und können nicht isoliert betrachtet werden. Die Situation der politischen Gefangenen im spanischen Staat ist daher trotz einiger Differenzierungen nur exemplarisch für die Situation der politischen Gefangenen in West-Europa.

Die gemeinsame Strategie der NATO und EU-Staaten im Bereich der Aufstandsbekämpfung deckt und fördert so den spanischen Staat in seiner Praxis gegenüber politischen Gefangenen.

Veranstaltung
Donnerstag
13. März
19:00 Uhr
KATO
U-Bhf Schlesisches Tor

Folter - kein Problem

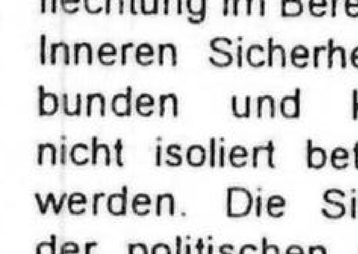
Deutlich wurde das Zusammenwirken der Sicherheitsapparate im Auslieferungsverfahren von Benjamin Ramos Vega. Ramos Vega wurde 1996 von der BRD nach Spanien ausgeliefert. Die Vorwürfe gegen ihn, Anmietung einer Wohnung für die ETA, wurden in Spanien unter Folter erpreßt. In dem Auslieferungsverfahren wurden durch das zuständige Berliner Kammergericht zunächst erhebliche Bedenken wegen der Folter gegen eine Auslieferung erhoben. Die spanische Regierung übte direkt und über internationale Konferenzen massiven Druck auf das Verfahren aus. In einer zweiten Entscheidung wurden daraufhin die Bedenken durch das Kammergericht vom Tisch gewischt und der Auslieferung zugestimmt. Die daraufhin eingelegte Klage vor dem Bundesverfassungsgericht (BVG), die vor allem darauf abzielte, die unter Folter erpreßten belastenden Aussagen als Auslieferungshindernis anzuerkennen, wurde abgewiesen. In der Begründung des BVG wurde Folter sogar ausdrücklich zum legitimem Mittel erklärt, das mit rechtsstaatlichen Normen vereinbar sei. Unmittelbar nach der Entscheidung des BVG wurde Ramos Vega ausgeliefert, obwohl in der BRD noch sein Asylverfahren lief. Nicht einmal die Anwältin wurde über die Auslieferung informiert, so daß ihr jede Möglichkeit genommen wurde, weitere Rechtsmittel einzulegen.

Die enge Verbindung der europäischen Staaten macht deutlich, warum die Situation der politischen Gefangenen nirgendwo isoliert betrachtet werden kann. Die politischen Gefangenen brauchen internationale Solidarität, um ihre Bedingungen zu verbessern und ihre Freilassung durchzusetzen. Die Veranstaltungsreihe der Roten Hilfe ist ein Beitrag zur internationalen Solidarität.

Hoch die internationale Solidarität !

V.i.s.d.P. M. Sick Postfach 6444, 24125 Kiel

SOLIDARITÄT IST EINE WAFFE !









Repression

Informationen zur Verhaftung von Petra Elser und Juan Luis Aguirre Lete in Frankreich:
Petra Elser aus Frankfurt, die seit einigen Jahren in Frankreich lebt, ist mit ihrem Lebensgefährten und ihrem 1 ½ jährigen Kind bei einer Fahrzeugkontrolle am 26.11.96 im französischen Baskenland (Bayonne-Pau) verhaftet worden.
Juan Luis Aguirre Lete wird vorgeworfen ein führendes Mitglied von Eta zu sein.
Beide werden im Haftbefehl der Mitgliedschaft/Unterstützung von Eta sowie des Waffenbesitzes beschuldigt.
Der spanische Staat nutzte die Verhaftung außerdem zu einer Denunziation von Gabriele Kanze, der Ehefrau von Benjamin Ramos Vega. In einigen Pressemeldungen wurde behauptet, daß *sie* zusammen mit Juan verhaftet wurde. Wir verweisen in dem Zusammenhang auf das Protestschreiben des Solidaritätskomitee Benjamin Ramos Vega vom 28.11.96 (s. Angehörigen-Info Nr. 189).
Petra, die eng verbunden mit der Geschichte des Frauenwiderstandes, Startbahn- und der autonomen Bewegung in Frankfurt ist, war seit je her an der Situation im Baskenland interessiert.
Im folgenden dokumentieren wir einen Brief von Petra zu ihrer aktuellen Situation.

Wenn ihr den beiden schreiben wollt:
Maison d'Arret des Femmes.
Petra Elser, N 866762
Avenue des Thuyas
F - 94261 Fresnes-Cedex
France

Maison d'Arret
Juan Luis Aguirre Lete, N 53616
5 bis, Alexandre Turpault
F - 78390 Bois d' Arcy
France
(schreibt ihm in französisch, englisch oder spanisch)

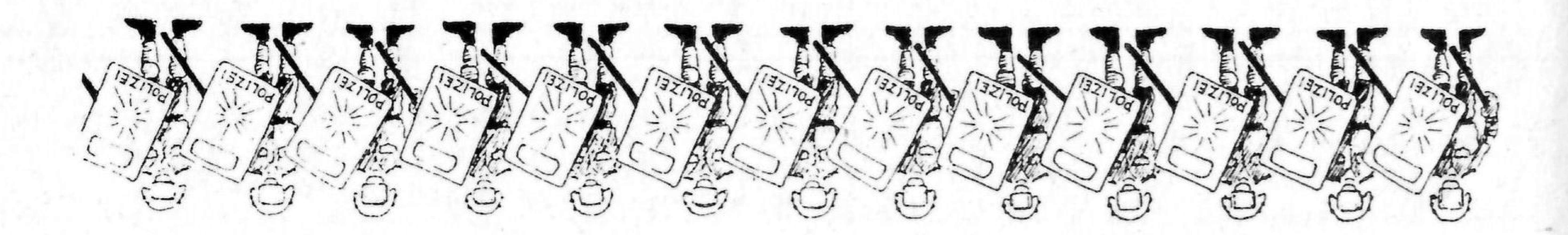
Zur Finanzierung ihres Knasteinkaufes und der juristischen Vertretung durch einen Frankfurter Anwalt sind Spenden notwendig.
Christoph Brandt, Nassauische Sparkasse, Ktonr.:1465044051, Blz.: 510 500 15

Kontaktadresse: Solidaritätsgruppe
Zentrum
Hinter der schönen Aussicht 11
60311 Frankfurt/M.

Frankfurt, den 21.1.97

Brief von Petra Elser, gefangen in Fresnes (Frankreich), vom 8.1.97

Seit sechs Wochen bin ich jetzt hier im Knast in Fresnes und langsam wird es ja Zeit, daß ich was von mir hören lasse. Es fällt mir allerdings nicht so leicht zu schreiben, da ich - seit ich hier bin - außer zwei Tagen „Normalvollzug" und den Anwaltsbesuchen (es sind auch für sie immerhin 700 km) noch keinen direkten Kontakt mit jemand hatte und mich so auch mit niemand über etwas auseinandersetzen kann.
Zu der ewigen Verzögerung der Besuchserlaubnis für unsere Familien kam dann noch der plötzliche sibirische Wintereinbruch, der die Reise unmöglich machte.
Ich will euch aber wenigstens mal was von meinen Bedingungen hier und auch vom Kollektiv der baskischen politischen Gefangenen berichten.
Es gibt im französischen Staat etwa 80 baskische politische Gefangene (im spanischen weitere 500) und die Haftbedingungen sind sehr unterschiedlich von Knast zu Knast. Fresnes hat allgemein den Ruf ein sehr militärischer Knast zu sein. Ursprünglich war ich, wie gesagt, im sog. Normalvollzug, allerdings mit Kontaktverbot zu Idoria Lopez Riano, der anderen baskischen Gefangenen hier. Nach einer ausführlichen Unterhaltung mit ihr - bestehend aus drei Sätzen durchs Fenster - wurde ich direkt in die Isolierabteilung gelegt. D. h. dreiundzwanzig Stunden auf der Zelle, keine Teilnahme an Gemeinschaftsveranstaltungen (Sport, Gruppe für Frauen mit Kindern, Bibliothek etc.). Außerdem ist es schweinekalt, da der Bau hier aus dem letzten Jahrhundert ist, die Fenster nicht richtig schließen und die Iso-Abteilung sich im Erdgeschoß befindet.
Am Anfang war ich in einer (Iso-)Zelle, von dort konnte ich Idoria durch eine kleine Glasscheibe, wenn sie eine Treppe in einiger Entfernung hochging, einmal pro Woche sehen. Wir winkten uns dann jeweils ein paar Sekunden zu. Nachdem sie das mitkriegten, wurde ich direkt in eine andere Zelle verlegt, noch weiter abgeschieden vom Rest des Knastes.
Nach meiner ersten Wut fand ich das fast schon wieder lächerlich - sie scheinen es sehr nötig zu haben ihre Macht auch gegen die kleinste Äußerung zu demonstrieren.



Der Hofgang ist auch ein ziemlicher Witz. Er findet - natürlich alleine - in einem Extra-Hof statt Eine Art „Bärengraben", etwa zwei Zellen groß, rundherum Mauern und obendrüber ein Gitter. Außerdem ständig eine Schließerin nebendran, die dich beobachtet. Am Ende des Hofgangs dann komplette Durchsuchung mit Ausziehen aller Kleider. Das war für mich dann auch der ausschlaggebende Grund den Hofgang zu verweigern, da das einen Maßnahme ist, die auf nichts anderes zielt, als auf Disziplinierung deiner Person.
Immerhin kann ich aber noch das Fenster aufmachen, sehe ein Stück Himmel, höre ein paar Vögel und trainiere auch ohne Hofgang fast olympiareif (naja, fast....). Ziemlich grausam ist auch, daß hier ganz in der Nähe die Bunkerzellen - also die Strafzellen im Knast - liegen und du mitkriegst, wie sie Frauen da reinstecken, die rufen „Ich hab Angst" und du kannst nichts machen, außer dumm gegen die Tür treten.
Ich habe aber auch gemerkt, daß in jedem Lächeln, das du in dieser Situation mit einer anderen Gefangenen auszutauschen schaffst, so viel Lebendigkeit liegt, die tausendmal ihre Mauern und sonstige Erfindungen der Klassenjustiz überwindet. Ich habe große Hochachtung vor allen, die sich trotz Jahren des Eingesperrtseins ihre Würde und Menschlichkeit bewahren.
Auch der Kampf der politischen Gefangenen in der BRD und anderen Ländern war in meiner Geschichte immer präsent (so wie jede politische und soziale Bewegung, die nicht das Spiel der Herrschenden mitspielt, irgendwann mal mit Knast konfrontiert ist....) und ich kann jetzt aus ihren Erfahrungen und ihrer Ungebrochenheit einen Teil meiner eigenen Kraft schöpfen. Es gibt viele Situationen, in denen ich denke „oha, daß hat doch diese oder jener auch von sich so beschrieben...".
Die größte Stärke gibt mir natürlich, hier Teil des baskischen Gefangenenkollektivs zu sein. Habe schon viel Post bekommen: von anderen Gefangenen, Leuten aus Euskadi, aus Korsika, aus der BRD - Angehörigen und Freunden. Es ist ganz materiell zu merken, daß es eine breite Bewegung gibt, die hinter dir steht. Dazu kommt die Solidarität und Unterstützung aus der BRD, die mir auch sehr wertvoll ist.
Seit Januar 1996 kämpfen die baskischen Gefangenen in französischen und spanischen Knästen für die Verlegung nach Euskadi: EUSKAL PRESOAK EUSKAL HERRIRA.
Im spanischen Staat wurden die Gefangenen Ende der 80er Jahre bewußt zur Zerschlagung des Kollektivs auf 62 verschiedene Knäste verteilt (bis nach Teneriffa). Hier in Frankreich befinden sich die meisten in der Region Paris, wobei manche auch alleine in noch weiter entfernten Knästen sind. Es sind fast immer hunderte von Kilometern zurückzulegen, mit allen, was das an Kosten, Zeit, Anstrengung etc. mit sich bringt - für eine halbe oder eine Stunde Besuch. (In der Region Paris haben wir noch das Glück eines Autobusses, der alle zwei Wochen die Angehörigen hierher transportiert. Ein Weg = 800 km!).
Viele Gefangene haben, wie wir auch, Kind(er), für die die Reise noch eine größere Anstrengung ist. In unserem Fall bedeutet das für unser Kind von 1 ½ Jahren und seine Großeltern einen Aufenthalt von mindestens drei Tagen in Paris, um uns beide für eine Stunde besuchen zu können - von dem lächerlich kleinen Kinderbesuchsraum mal abgesehen.
Seit Januar gibt es also für die Forderung der Verlegung aller baskischen Gefangenen nach Euskadi eine Hungerstreikkette (kleine Anmerkung: auch in Frankreich, wie in fast allen Ländern, gibt es ein Gesetz, das Gefangene in die Nähe ihres Wohnorts inhaftiert werden sollen).
D. h. immer eine oder mehrere Gruppen von Gefangenen sind sowohl hier, wie auch im spanischen Staat, 25 Tage im Hungerstreik. Dann macht die nächste Gruppe weiter. Begleitet wird diese Kampagne von einer breiten Bewegung auf der Straße, vor allem in Süd-Euskadi.
Fast täglich gibt es Demos und militante Aktionen, öffentliche Aktionen von Angehörigen, Solidaritätshungerstreiks, Besetzungen von öffentlichen Einrichtungen, und auch Gewerkschaften und Organisationen jenseits der abertzalen Linken (Linke Unabhängigkeitsbewegung) unterstützen die Forderung. Auch die rechten Nationalisten (PNV) sind mittlerweile für die Verlegung der Gefangenen nach Euskadi. Die Regierung hat erste Zugeständnisse gemacht und es hat bereits Verlegungen gegeben. Von ihnen wird versucht, das als einen Schritt zur „Befriedung des Baskenlandes" zu verkaufen. Es ist aber ein klarer Erfolg der Bewegung, die in den letzten Jahren immer weiter an Mobilisierungskraft dazu gewonnen hat, und der Gefangenen, die sich trotzt unzähliger Versuche nicht haben spalten und kleinkriegen lassen. Es ist aber auch klar, daß der Druck nicht nachlassen darf, wenn die Forderung wirklich erfüllt werden soll - und daß auch dann das eigentliche Ziel, die Freiheit aller Gefangenen in einem freien Euskadi ist.
Viele Grüße aus Fresnes.
Meine Liebe und Verbundenheit all denen, die in Euskadi, der BRD und vielen anderen Ländern für ihre Freiheit, gegen Ausbeutung und Unterdrückung kämpfen!!!!
EUSKAL PRESOAK EUSKAL HERRIRA

Petra Elser, 8. Januar 1997

Baskenland / spanischer Staat:

Hungerstreik der baskischen politischen Gefangenen, „Selbstmord“ im Knast, Kriminalisierung von Herri Batasuna

Seit sechs Monaten anhaltender Hungerstreik der baskischen politischen Gefangenen

Seit dem 9. September 1996 befinden sich die 546 baskischen politischen Gefangenen in spanischen und französischen Knästen im unbefristeten Hungerstreik. Inzwischen ist die siebte Gruppe von 25 Gefangenen in die Hungerstreikkette eingetreten. Die baskischen Gefangenen, die vorwiegend wegen Unterstützung oder Mitgliedschaft in der ETA angeklagt oder verurteilt sind, sitzen verteilt auf rund 100 Knäste im spanischen und französischen Staat und somit bis zu 3000 km entfernt von ihren Angehörigen, FreundeInnen und GenossInnen in Euskadi. Die zentralen Forderungen der Gefangenen sind ihre Anerkennung als politische Gefangene und ihre Zusammenlegung in Knäste in Euskadi, die Freilassung der über hundert Gefangenen, die nach Absitzen von ¾ ihrer Strafe längst hätten entlassen werden müssen, die Freilassung der Haftunfähigen, das Ende der Angriffe und die Respektierung der Menschenrechte in den Knästen.

Von den Gefangenen, die sich im Augenlick im Hungerstreik befinden, müssten fünf bereits auf Bewährung entlassen sein, da sie drei Viertel ihrer Strafe abgesessen haben. Weitere fünf Gefangene waren Angriffen durch Schließer ausgesetzt, einer wurde Opfer eines Mordversuchs. Ein anderer wurde von Frankreich an Spanien ausgeliefert und dort erneut inhaftiert, obwohl er seine Strafe in Frankreich bereits abgesessen hatte.

Mit dem Hungerstreik und der starken Mobilisierung der baskischen Unabhängigkeitsbewegung für die Erfüllung der Forderungen hat sich die Auseinandersetzung zwischen dem spanischen Staat und dem baskischen Befreiungskampf stark zugespitzt. Während die bürgerlichen baskischen Parteien teilweise die Forderungen der Gefangenen unterstützen, reagieren die spanischen Regierungsparteien mit einer Verschärfung der Repression. Diese zielt nicht nur auf die Zerschlagung des bewaffneten Kampfes der ETA, sondern auch auf die Kriminalisierung der linken aberzalen Partei Herri Batasuna und der militanten Jugend. Reaktion auf die starke Ausbreitung der Straßenkämpfe von Jugendlichen ist eine provokante Dauerpräsenz der baskischen Polizei Erzaintza, die vermummt und schwer bewaffnet durch die Straßen der baskischen Kleinstädte patroulliert, und eine hohe Zahl von Verhaftungen. Faustgroße Gummigeschossen und auch der Einsatz scharfer Munition gegen DemonstrantInnen sind in Euskadi an der Tagesordnung. Erst kürzlich schossen Polizisten der Erzaintza bei einer Demonstration gegen die Kriminalisierung von Herri Batasuna mit scharfer Munition in die Menge und verletzten vier DemonstrantInnen sehr schwer.

Kriminalisierung von Herri Batasuna

Die Ausstrahlung und Verbreitung dreier Videos im Januar und Februar 1996 durch die linke baskische Partei Herri Batasuna, in dem vermummte und bewaffnete ETA-Kämpfer ein Verhandlungsangebot an die spanische Regierung präsentieren und die dafür notwendigen Bedingungen erläutern, bot der spanischen Justiz den Anlaß, den 25-köpfigen Parteivorstand von HB zu kriminalisieren. Aufgrund der Videos sind alle der „Zusammenarbeit mit einer bewaffneten Bande“ angeklagt. Der Parteisprecher Jon Idigoras wurde für mehrere Monate inhaftiert und erst im Juni 1996 gegen eine Kaution von 60 000 DM freigelassen.

Aktuell ist die politische Situation aufgrund gerichtlicher Vorladungen und Festnahmen der Mitglieder des Parteivorstandes erneut zugespitzt. Die angeklagten Mitglieder von Herri Batasuna weigern sich, vor der spanischen Justiz zu erscheinen und ignorierten die gerichtlichen Vorladungen, woraufhin mehrere der ParteivertreterInnen verhaftet wurden. Am Tag vor der Vorladung war einer der Angeklagten des Parteivorstandes in einem Haus seiner Angehörigen erhängt aufgefunden worden, obwohl aus seinem Verhalten am Vortag nichts auf einen Selbstmord hätte schließen lassen. Herri Batasuna stellte seinen Tod in „den Kontext der Verschärfung der Repression, des Setzens von Teilen der Regierung auf die Verlängerung des gewalttätigen Konfliktes und ihre Weigerung, Lösungen zu finden.“ Die Ursache für den Tod von dieses Militanten sei die politische Situation, in der mit politischem Druck, dem Ignorieren von Gesetzen und Freiheiten versucht werde, jeglichen Ausdruck des Kampfes in Euskadi zu verhindern und den baskischen Unabhängigkeitskampfes physisch zu vernichten.

Selbstmord mit gefesselten Händen im Knast ??

Am 7.2.97 wurde im Knast Alcala Meco in der Nähe von Madrid ein baskischer Gefangener, der wegen ETA-Unterstützung angeklagt war, tot in seiner Zelle aufgefunden. Erhängt an einem Halstuch am Gitter eines Belüftungsschachtes. In der offiziellen Version der Gefängnisleitung, die in derselben Nacht über den Rundfunk verbreitet wurde, hieß es, der 41-jährige Untersuchungshäftlings José Maria Aranzamendi habe Selbstmord begangen und einen Abschiedsbrief hinterlassen. Auch die Familie des Gefangenen erfuhr erst durch die Radiomeldung vom Tod ihres Angehörigen.

Was in der Verlautbarung der Gefängnisleitung und des Innenministeriums jedoch verschwiegen worden war, waren die Details des Todes: José Maria Aranzamendi war, als er gefunden wurde, an Armen und Beinen gefesselt, die Arme zudem auf dem Rücken, und hatte die Augen mit einem Stirnband verbunden. Diese Informationen über die Todesumstände, die einen Selbstmord stark in Frage stellen, wurden zwei Tage später von seinen AnwältInnen an die baskische Zeitung Egin weitergeleitet. Auch der Umgang der Behörden und des Knastes mit der Familie und den AnwältInnen sowie die Äußerungen eines baskischen Mitgefangenen, der mit ihm die Zelle teilte, rücken die offizielle Selbstmord-Version in ein sehr fragwürdiges Licht. Weder die Familie, die AnwältInnen noch ein von der Familie benannter Arzt durften bei der Autopsie des Toten dabei sein oder erhielten Einblick in die Untersuchungen. Die Autopsie ergab, wie zu erwarten, natürlich nichts anderes als daß „am Leichnam keine Spuren von Gewalteinwirkung gefunden wurden“. Auch die Angaben der Generalleitung der Gefängnisverwaltung, der 41-jährige Aranzamendi habe sich wegen depressiver Anfälle in psychiatrischer Behandlung befunden, wird durch den Gefangenen, mit dem er die Zelle teilte, relativiert. Aranzamendi, „Katxue“, sei am gleichen Tag seines Todes zwar beim Knastpsychiater gewesen, jedoch keineswegs wegen psychischer Probleme, sondern wegen Kopfschmerzen. Nach seinen Aussagen und der anderer Gefangener sowie einiger Schließer sei Aranzamendi guter Stimmung gewesen und habe morgens sogar Witze gemacht. Am Nachmittag war er wie üblich auf der Zelle geblieben, um zu studieren. Dort wurde er etwa drei Stunden später tot gefunden. Auch der Psychiater verbarg keineswegs seine Überraschung über der Tod des Gefangenen, mit dem er noch Stunden vorher gesprochen hatte. Mit einem Selbstmord habe er absolut nicht gerechnet.

Die baskische Gefangenenhilfsorganisation Gestoras pro Amnistia und die Angehörigenorganisation Senideak machten die spanische Regierung und insbesondere die, die die aktuelle Knastpolitik der Verstreuung planten und umsetzten, direkt für den Tod des Gefangenen verantwortlich. Die Geschichte von José Aranzamendi zeige, daß er durch diesen angeblichen Rechtsstaat Stück für Stück ermordet wurde. An ihm wurde eine individualisierte Behandlung praktiziert, die speziell auf ihn bezogen geplant war und verschiedenste Methoden umfasste. Von Anfang an wurde bei ihm die Todesstrafe und deren Kern, die Verstreuung, angewandt.

José Maria Aranzamendi war zwei Jahren ohne Verurteilung in Untersuchungshaft gesessen. Im März 1995 war er wegen angeblicher Unterstützung des Comando Vizkaya der ETA festgenommen worden, mit ihm achtundvierzig weitere der Unterstützung oder Mitgliedschaft von ETA verdächtigte BaskInnen. Zweiundvierzig von ihnen wurden schwer gefoltert. Bereits in den Jahren vorher war Aranzamendi ins Visier der Guardia Civil geraten. Viermal war er verhaftet und von der Guardia Civil gefoltert worden. Die demütigende Behandlung durch die Polizei und die Folterungen hätten tiefe Narben in ihm hinterlassen. Bei seiner Festnahme im Februar 1995 bedrohten die Polizisten seine Eltern, indem sie sie mit dem Hals im Würgegriff hielten und mit den Waffen auf sie zielten. Während Aranzamendi gefoltert wurde, sagten sie ihm, sein Vater sei an einer Trombose gestorben und lösten damit einen nervösen Anfall bei ihm aus. Auch bei seiner Verhaftung im März 1995 gingen die Polizisten mit großer physischer und psychischer Brutalität vor. Sie drohten ihm, daß eine weitere festgenommene Genossin für seine Weigerung der Kollaboration mit ihnen bezahlen würde und ließen ihn Schreie einer Frau hören. Dies, so sagte Aranzamendi später, wäre die schlimmste Situation gewesen, die er je erlebt habe. Im Mai 1996, als er schon über ein Jahr in Untersuchungshaft saß, war der im Ort sehr bekannte und beliebte Aranzamendi, der auch aktiver Gewerkschafter und Delegierter im Gewerkschaftsrat der dortigen Metallfabrik war, zum Stadtrat für Herri Batasuna in seinem Heimatort Elorrio gewählt worden.

„Katxue würde heute noch leben, wenn die Folter nicht eine so alltägliche Praxis wäre, wenn die Politik der Verstreuung nicht eingesetzt worden wäre, wenn er eine angemessene medizinische Versorgung mit Ärzten seines Vertrauens erhalten hätte, wenn die Medien über diese Rechtsbrüche, die unser tägliches Brot sind und über die perverse Politik der Verstreuung berichtet hätten, und wenn Katxue in Euskadi gewesen wäre“, so der Sprecher der Angehörigenorganisation Senideak auf einer Pressekonferenz.

Elf baskische politische Gefangene im Knast gestorben

Elf baskische politische Gefangene sind seit 1981 in spanischen und französischen Gefängnissen gestorben - Opfer der medizinischen Unterversorgung und des systematischen Drucks, der auf die politischen Gefangenen ausgeübt wird.

Im Juni 1981 starb ein baskischer Gefangener nach 97 Tagen Hungerstreik gegen die demütigende Behandlung der Gefangenen im Madrider Krankenhaus La Paz. Im selben Jahr war auch der Katalane Joseba Arregi von der Guardia Civil totgefoltert worden. Im Juni 1985 wurde ein 27-jähriger Baske im Knast Alcala-Meco aufgehängt und mit einem tiefen Schnitt in der Kehle tot in den Duschen gefunden, nachdem er Tage zuvor Morddrohungen der Schließer zu hören bekommen hatte. Bekannt ist weiterhin, daß im gleichen Knast soziale Gefangene 1991 unter Druck gesetzt wurden, baskische politische Gefangene umzubringen. Zwischen 1986 und 1996 starben allein neun baskische politische Gefangene aufgrund der medizinischen Nichtversorgung im

Knast: drei von ihnen begingen Selbstmord und einer kam unter ungeklärten Umständen in einem französischen Knast um. Darüberhinaus starben allein im Jahr 1994 183 aidskranke Gefangene, noch bevor über ihren Entlassungsantrag entschieden worden war.

Die Situation von Benjamin Ramos Vega in Alcála-Meco

Seit August 1996 sitzt Benjamin Ramos Vega im Knast Alcála-Meco in der Nähe von Madrid.
Die angeblichen Garantien der spanischen Behörden für eine Auslieferung von Benjamin Ramos Vega umfassten auch eine angemessene Gesundheitsversorgung des HIV-positiven Gefangenen. Von dieser gibt es keine Spur, wie auch.
Benjamin sitzt nicht in Untersuchungshaft, sondern in Strafhaft, obwohl er nicht verurteilt ist. Die Gesundheitsversorgung im Knast ist absolut unzureichend. Benjamins T4-Helferzellen, Indikatoren für seine Abwehrkräfte, sind dementsprechend in den letzten Monaten rapide gesunken und liegen inzwischen bei 110. Dies bedeutet, daß er sich jederzeit an einer der dort weitverbreiteten Infektionskrankheiten anstecken und dann an Aids erkranken kann. Bisher wurde trotz der jetzt neunmonatigen Inhaftierung in Spanien nicht einmal ein Prozeßtermin festgelegt. Nach deutschem Recht müßte ein Gefangener entlassen werden, wenn nach sechs Monaten immer noch kein Prozeß angesetzt ist. Die spanische Justiz scheint den Prozeß gegen Benjamin zu verschleppen - wohl, weil sie nicht viel gegen ihn in der Hand haben. Ihre Beweise, und dies mußte sogar das Berliner Kammergericht und das Bundesverfassungsgericht einräumen, beruhen auf Aussagen, die unter Folter erpresst wurden. Die spanische Justiz setzt darauf, daß sich Benjamins Gesundheitszustand soweit verschlechtert, daß ein Prozeß nicht mehr zustande kommt.
Nachdem wir als Solidaritätskomitee den verantwortlichen Richter des Berliner Kammergerichts Dr. Nöldeke öffentlich aufgefordert hatten, sich für die Haftsituation und die Einhaltung der Zusicherungen einzusetzen, teilte er uns am 23. Januar 1997 in einem Brief mit, daß er die zuständigen Behörden der Bundesrepublik Deutschland in Spanien bitten will, „Nachforschungen anstellen zu lassen, ob die von dem Verfolgten geäußerten Klagen über zeitweise Isolierung und nicht sachgerechte medizinische Behandlung berechtigt sind". Für den Fall, daß die von spanischer Seite zugesicherten Mindestvoraussetzungen nicht eingehalten werden, habe er weiter darum gebeten, die spanischen Behörden umgehend in geeigneter Weise zur sofortigen Abhilfe aufzufordern.
Eine dieser „zuständigen Behörden" ist die deutsche Botschaft in Madrid. Diese hatte in einer Stellungnahme zum Auslieferungsverfahren die von vielen internationalen Menschenrechts-organisationen festgestellten Menschenrechtsverletzungen in Spanien als „Propaganda der ETA" bezeichnet und das Kammergericht davor gewarnt, die Auslieferung von Zusicherungen abhängig zu machen. Ein Gutachten der deutschen Botschaft über den Knast Carabanchel klingt wie eine Werbebroschüre für eine Ferienparksiedlung an der Costa del Sol. Die deutsche Botschaft fühlt sich seit Jahrzehnten verpflichtet, die guten Beziehungen zum spanischen Staat zu pflegen und ist deshalb für eine kritische Untersuchung der Haftsituation kaum geeignet. Wir werden daher versuchen, für eine solche Untersuchung eine unabhängige und kompetente Person zu finden, und zudem mit einer 10-15köpfigen Delegation aus der BRD den Prozeß gegen Benjamin beobachten und begleiten.

Für die Prozeßbeobachtung brauchen wir dringend Geld, daher: Spenden schärfstens erwünscht!
Spendenkonto: Sonderkonto M.Wegner, Kto.nr.: 771781-104, Postbank Berlin, BLZ 100 100 10

Berlin, 25. Februar 1997
Solidaritätskomitee Benjamin Ramos Vega, Wilhelmstr.9, 10963 Berlin, Tel./ Fax: 2518539

Berliner Zeitung, 3.3.97

Busfahrer verweigern Fahrt nach München

Transport Rechtsradikaler zur NPD-Demo verhindert

Fahrer von Reisebussen haben sich in der Nacht zu Sonnabend geweigert, Anhänger rechter Gruppierungen zu einer von der NPD organisierten Demonstration nach München zu fahren. Bei den Teilnehmern der Fahrt hatte die Polizei zuvor zahlreiche Waffen sichergestellt.

Die mehr als 200 Rechtsradikalen wollten zu der von der NPD angekündigten Demonstration gegen die Ausstellung „Vernichtungskrieg – Verbrechen der Wehrmacht 1941-1944" nach München fahren. Dazu hatten die „Rechten Kameradschaften" fünf Reisebusse gemietet – offenbar unter falschem Vorwand. Nach einer Polizeikontrolle, bei der der wahre Zweck der Reise erkennbar wurde, verweigerten vier Busfahrer nach Rücksprache mit ihren Unternehmen die Reise. Lediglich ein mit 42 Insassen besetzter Bus startete vom Bahnhof Marzahn aus in Richtung München. Rund 170 Personen, darunter führende Mitglieder der „Rechten Kameradschaften", wurde die Reise in die bayerische Hauptstadt durch die Weigerung der Busfahrer verwehrt.

Bei der zuvor stattgefundenen Überprüfung der Rechtsradikalen an den drei Treffpunkten für die Abfahrt nach München – den Bahnhöfen Jungfernheide, Marzahn sowie Alexanderplatz – stellten die Beamten zahlreiche Messer, eine Eisenstange, mehrere Schlagringe und Baseballschläger, zwei Zünder sowie eine Panzermine sicher. Wie die spätere polizeitechnische Untersuchung durch Sprengstoffexperten ergab, handelte es sich dabei um eine Übungsmine russischer Bauart. Zwei Pkw, in denen Holzlatten, die Eisenstange sowie die Panzermine gefunden worden waren, wurden von der Polizei sichergestellt. Die Beamten nahmen sieben Männer wegen Verstoßes gegen das Versammlungsgesetz und des Verwendens von Symbolen verfassungswidriger Organisationen fest. **kzi**

TERMINE

FR. 7.3. 18.00 Diskussion zu Internationalismus; Haus d. Kulturen d. Welt
21.00 FrauenLesbenVideoKino "Only the Brave"; Größenwahn, Kinzig Str. 9
SA. 8.3. 21.00 AK Kraak; El Locco, Kreuzbergstr. 43
SO. 9.3. 11.30 FrauenLesbenDemo; Karl-Marx-Platz, Neukölln
17.00 Film "Eine Frauensache" (gemischt); Größenwahn
20.00 FrauenLesbenParty; SO36
17.00 Film "Salz der Erde"; El Locco
18.00 Demovorbereitung zu Dolgenbrodt; Nachladen, Waldemarstr. 36
MO. 10.3. 19.00 1. Mai-Vorbereitungstreffen; Nachladen
21.00 Filme "Tag X" und "WAAhnrock"; Cafe Cralle, Hochstädter Str. 10A
MI. 12.3. 20.00 Film "Diese Hände"; El Locco
DO. 13.3. 19.00 Veranstaltung zur aktuellen Situation im Baskenland; Cafe Kato
FR. 14.3. 21.00 AK Kraak; Yorckstr. 59 HH



Freitag 7. März

EWA – Frauenzentrum
10-12 h: Zum Internationalen Frauentag: Pressekonferenz aller Berliner Frauenprojekte über die Situation der Frauen und ihrer Projekte in der Stadt
12 h: Weiberfrühstück

Protest-Frauenkette gegen die Sparmaßnahmen
16.30 h am Brandenburger Tor: anläßlich der DGB-Demonstration des Internationalen Frauentags unter dem Motto: »Nicht auf unseren Schultern«. Neuköllner und Steglitzer Frauen beteiligen sich. Weitere Infos unter 790 43 206 oder 790 439 83

8. März Internationaler FrauenLesbenkampftag

Demo: 8. März 1997 11:30 Karl-Marx-Platz (U-Bhf. Neukölln und Rathaus Neukölln mit Fahrstuhl)

Route: Karl-Marx-Platz, Karl-Marx-Str., Fuldastr., Sonnenallee, Hermannplatz, Kottbusser Damm, Hohenstauffenplatz (Zickenplatz)

Beratungsstelle »Deutsch-Iranischer Frauenverein«
18 h, Feier zum Internationalen Frauentag - angesichts der völligen Streichung zum 31.3. - mit Pauken und Trompeten. Live-Musik, Festrede und Überraschungen. Ort: Pallas, Pallasstr. 35, Schöneberg

▶ S.U.S.I.
14.00-18.00 Tag der offenen Tür mit Kursen und Workshops, Gesprächen und Aktionen
19.00-21.00 Kulturprogramm mit Künstlerinnen (bitte etwas zu Essen mitbringen)

▶ Statthaus Böcklerpark
15.00-22.00 "Ohne Moos viel los" - Veranstaltung für Mädchen und Frauen mit Frauentrommelband Perkussionia zum Mitmachen, Tanzimprovisation, Gipsmaskenbau, Theater, Aikido-Vorführung, Frauenchor, Lesung mit C. Binder-Gasper u.v.m.

▶ Haus der Kulturen der Welt
19.30 Vortrag von amnesty international E. Kestein: Wir werden nicht schweigen - Menschenrechtsverletzungen an Frauen in der Türkei

▶ Frieda Frauenzentrum
20.00 Ausstellung zur Geschichte des 8. März, Video "Brot und Rosen" und Flamenco mit Dolores

Geschichte des 8. März

Der 8. März geht u.a. auf den Streik von Tabak- und Textilarbeiterinnen am 8.3.1908 in New York zurück. Sie forderten das Frauenwahlrecht, kürzere Arbeitszeiten, höhere Löhne und bessere Arbeitsbedingungen. Seit diesem Jahr gab es Ende Feb/ Anfang März immer wieder Frauenstreiks und Frauenkämpfe.
1911 fand der 1. internationale Frauenkampftag in Dänemark, Österreich, Deutschland, Schweiz und USA statt.

Am 8.3.1917 setzten Textilarbeiterinnen in Petrograd mit Streiks und Friedensdemonstrationen den Anfangspunkt für die Februarrevolution. Um diese Kämpfe nicht in Vergessenheit geraten zu lassen und an sie anzuknüpfen, erklärte die „2. Internationale Konferenz der Kommunistinnen" im Jahre 1921 den 8. März zum „Internationalen Frauenkampftag" !!!

DAS ALLERLETZTE

1000 ganz legale Steuertricks

Aus dem „unterhaltsamen und pfiffigen" KONZ oder wie Mann sich selbst karikiert: „Die Freundin auf Dienstreisen bei sich zu haben, kann auch steuerlich Spaß machen! Wenn mir meine süße Kleine so viel Vergnügen bereitet, dann könnte ich mir denken, daß sie auch meinen Geschäftsfreunden oder beruflichen Gesprächspartnern zu einem freundlichen Gesicht und einer aufgeschlosseneren Haltung gegenüber meinen beruflichen Wünschen verhilft." Die Ausgaben werden dann als Werbekosten abgerechnet, denn „so ein Mädchen, das mehr für die Liebe geschaffen ist, das steht doch meist nicht in einem Beruf." Der Lohnsteuer entgeht Mann, „wenn Du das Einkommen der Kleinen in Grenzen hältst." Weiter rät Konz: „Es gibt ja auch Zwischenzeiten, in denen Ihr Euch nicht nur anhimmelt oder liebt. Drück ihr dann ein Stenografielehrheft in die zarten, kleinen Fingerchen oder laß sie auf einer Schreibmaschine üben, damit sie erkennt, daß Du sie nicht nur lieben willst, sondern auch auf ihre Zukunft bedacht bist." Ja, Papa Konz ist für Dich da, macht sich Sorgen und gibt wertvolle Ratschläge für alle Lebenslagen! Er sagt Dir, „wozu häufiger Ehekrach gut sein kann: Denk mal dran, daß sich Deine Frau zwecks ungestörten Studiums für den neuen Beruf auch ein Zimmer mieten kann bei ihrer Mutter. Vielleicht ist das deshalb nötig, weil sie sonst nicht ungestört lernen kann, weil Ihr Euch wie die Kesselflicker zankt." Die Frau ist nun steuerlich günstig ver- und entsorgt, was wird mit den Kindern? „Wenn Du ganz gerissen sein willst, so kannst Du die Verhältnisse auch so gestalten, daß sie sich steuerlichen Erfordernissen genau anpassen. Etwa, indem Du sagst: Auswärtige Unterbringung, das gibt eine hohe Ermäßigung!" Oma hat doch gern ihre Enkelchen. „Aber, mach nicht den Fehler, das ganze Essen etc. für die Kinder selbst einzukaufen und der Oma zu geben." Zum Schluß noch ein Rat von Mann zu Mann: „Du kannst auch kurbedürftig sein, wenn Deine Frau Dich so aufgeregt hat, daß Du einen Nervenschock erlitten hast. O ja." Oder Du nach der Lektüre des KONZ.

Alle Zitate aus: Franz Konz: „1000 ganz legale Steuertricks"

8. März Internationales Frauenfest
mit Programm:
CHUNG DUNG SORI: Koreanische Mädchentrommelgruppe
LIZZ: Zwischen Lied und Jazz
ROSELA, Peru: Licht, Tanz u. Pantomime
TAMILISCHE FRAUENGRUPPE: Tanz/Theater
NOEMI: kolumbianische Tänze
RUSSISCHES DUETT: Tanz/Gesang
FETHNEH: persisch-deutsche Musikgruppe
Samstag 8. 3. 1997
SO 36, Oranienstr. 190, (U.Bhf.Kottbusser Tor)
Einlaß 20,00 Uhr, Programmbeginn 20,3o Uhr
Rolligerecht u. Fahrdienst

8. März Internationales Frauenfest

8. MARS FÊTE INTERNATIONALE DES FEMMES

8 МАРТА
Международный Женский
День

மார்ச் 8 – சர்வதேச பெண்கள் தினம்

8 de Marzo Fiesta Internacional de Mujeres

3월 8일 세계여성잔치

8. MART ENTERNASYONAL KADINBAYRAMI

٨ مارس جشن بين المللى زنان

mit Programm:

CHUNG DUNG SORI: Koreanische Madchentrommelgruppe
LIZZ: Zwischen Lied und Jazz
ROSELA, Peru: Licht,Tanz u. Pantomime
TAMILISCHE FRAUENGRUPPE: Tanz/Theater
NOEMI: kolumbianische Tänze
RUSSISCHES DUETT: Tanz/Gesang
FETHNEH: persisch-deutsche Musikgruppe

Samstag 8. 3. 1997

SO 36, Oranienstr. 190, (U.Bhf.Kottbusser Tor)

Einlaß 20,oo Uhr, Programmbeginn 20,3o Uhr

Rolligerecht u. Fahrdienst